

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgespalteten Kolonelle 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **316 600** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Streifzüge durch die Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung.

Von Paul Kampffmeyer-München.

Nachdruck untersagt.

II. Vom sozialistischen Zukunftsideal.

Die Hochflut von Telegrammen über erbitterte politische und gewerkschaftliche Kämpfe der Arbeiterschaft will sich nimmer legen. Kämpfe fast an allen Orten der kapitalistischen Welt und fast zu allen Zeiten des Jahres! Wer über die Wellentämme dieser Hochflut unkundigen Auges schaut, der mag sich wohl in die Zeiten des alten Chaos leicht hinüberträumen. Aber wer seine Blindheit in sozialer Hinsicht ablegt, der sieht gemaltig, einem Ziele zustrebende Richtlinien in der großen Sturmbewegung der modernen Arbeiterschaft.

Tausend leuchtende Sinnen der internationalen Arbeiterbewegung schießen auf ein gemeinsames Ziel los: auf die ökonomische und politische Befreiung des Proletariats. Alle Heeresjahren der modernen kämpfenden Arbeiterschaft wallen dem gleichen gelobten Lande zu, und aus allen Kriegsländern dieser Arbeiterschaft schallen die gleichen Textworte: Nieder mit der wirtschaftlichen und politischen Knechtschaft der produktiven Arbeit. Die Programme des aufstrebenden Proletariats der ganzen Welt verkünden die Ablösung des Kapitalismus mit seinem Privateigentum an Produktionsmitteln durch eine Wirtschaftsordnung mit gesellschaftlichem Eigentum an diesen Mitteln und organisierter genossenschaftlicher Arbeit.

Die Bergesellschaftung der Produktionsmittel erweckt in den Köpfen gedankenloser Verehrer des Kapitalismus die Vorstellung von riesigen Kasernenwärteln und von unzähligen Kompagnien wohlgebrüllter, uniformierter Soldaten. Die Bergesellschaftung der Produktionsmittel haben sich viele Bekämpfer der sozialistischen Bewegung nur unter dem Wüde einer allgemeinen Verstaatlichung gedacht. Sie sahen die mächtige Hand des Vaters Staat sich auf alle Zweige der Produktion und Konsumtion legen. Mit seinem Zwangsgebote stand er in der Werkstatt wie in der Kindersube. Der Staat verschlang alle wirtschaftlichen und politischen Funktionen der Gesellschaft. Die sozialistische Gesellschaftsordnung ist nun nicht die Ausgeburt eines überhöhten Kopfes, sie ist eine greifbare, werdende Tatsache. Ein Stück der Bergesellschaftung der Produktion, die Begründung von Großbetrieben mit organisierter gesellschaftlicher Massenarbeit, vollzieht sich täglich vor unseren Augen. Große Wandlungen des sozialwirtschaftlichen Charakters der Gemeinde erleben wir tagtäglich. Die Gemeinde zieht die Gas- und Wasserversorgung, das Sanitätswesen, das Verkehrswesen in den Rahmen ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen Tätigkeit. „Der Sozialismus“, so schreiben wir einmal, „wächst aus der heutigen ökonomischen und sozialen Ordnung heraus, und in dieser Ordnung stehen neben dem Staate noch Gemeinde und Genossenschaft als organisierende Faktoren des Wirtschaftslebens. Und sicher wird in einer planmäßig wirtschaftenden sozialen Ordnung die staatliche Zwangsgewalt ihren Aufgabekreis beträchtlich einschränken können. Im Hinblick auf die genossenschaftlichen Zwangsorganisationen unserer Krankenversicherung können wir uns gut vorstellen, daß dereinst allgemeine wirtschaftliche Genossenschaften mit Beitragszwang bestehen werden, die ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten selbst regeln und nur in begrenztem Umfang staatlich überwacht werden, damit in ihnen keine monopolistischen Tendenzen ausleben.“

Die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln predigt der Sozialismus nicht deshalb, um an die Stelle des Fabrikpächters den staatlichen Gendarm zu setzen, sondern um den enteigneten, von den Unternehmern beherrschten Massen ein Bestimmungsrecht über die von ihnen angewandten Produktionsmittel einzuräumen. Gerade die Selbständigkeit, die in der kapitalistischen Fabrik die Arbeiter einbüßten, sollen sie in der sozialistischen Produktionsgenossenschaft wiedergewinnen. Sozialistisches Eigentum und selbstverwaltende Tätigkeit der genossenschaftlich organisierten Arbeitergruppen sind keine sich ausschließenden Gegenätze.

Aus den heutigen Fabrik- und Mietkasernen schießt man den Sozialisten zu: Ihr wollt die ganze Welt in eine Kaserne oder in ein staatliches Zwangsarbeitshaus verwandeln! Was hat im Genuße der Sozialismus eines Marx und eines Lassalle mit einem utopischen Kasernen- und Anstaltssozialismus zu tun? Merkwürdigerweise schreibt selbst Professor Schmoller noch in seinem „Grundriß der Volkswirtschaftslehre“, der Sozialismus träume von einem Leben der Berechtigten in Hotels und Logierhäusern, von der Unterbringung der gebährenden Frauen in Gebärdhäusern und der Kinder in Kinderbewahranstalten. In den Vorlesungen Professor Diehls über „Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus“ taucht wieder der sozialistische Zukunftsstaat mit seinem großen Arbeitsamt auf, das die gesamte Produktion von oben zu leiten und zu verwalten hat. Das heute schon in den großen Genossenschaften Englands eine innige Verbindung zwischen der Produktion und der Konsumtion geschaffen ist, und daß sich dort schon die Keime einer organisierten und geregelten Produktion zeigen, verkennt heute kaum ein Sozialist mehr. Zu der Einschaltung derartiger, von der Phantasie erdichteter, alles reglementierenden Arbeitsleitungsorgane rüchelt sich nur noch der Utopist. Das greifbare Stück der Zukunfts-

organisation der Produzenten der Arbeitsbranchen eines ganzen Landes, das sich heute schon in den Gewerkschaften regt, findet bei den Sozialisten das vollste Verständnis.

Der Sozialismus strebt die Aufhebung der privatkapitalistischen Organisation der Produktion und Konsumtion an und die Übertragung dieser Wirtschaftstätigkeit an sich selbst verwaltende, lokale, nationale und internationale Genossenschaften. Diese Übertragung dient dem großen Zwecke der Befreiung der arbeitenden Glieder der Gesellschaft aus den Fesseln des Lohnsystems und der Begründung eines allgemeinen Wohlstandes. Und doch, so posaunen die Lobredner des kapitalistischen Systems unermüdet aus, ist der Sozialismus das Grab der persönlichen Freiheit.

Der Sozialismus das Grab der persönlichen Freiheit! Wenn ich den heutigen Fabrikarbeiter, der in dem großen Betrieb einer modernen kapitalistischen Fabrik zu einem Mädchen, zu einem ganz unpersonlichen Wesen geworden ist, in einen mitbestimmenden, mitverwaltenden Genossen einer sozialistischen Produktions- oder Konsumtionsgenossenschaft wandle, dann verfluche ich ihn selbstverständlich. Wenn ich das Individuum aus dem Banne der Klassen befreie, wenn ich die willenlose Kreatur beruflicher Zwangsverhältnisse zu einem wirklichen Menschen mache, dann würdige ich ihn natürlich zu der bloßen Nummer eines sozialistischen Zuchthauses herab. Die Schollenspflichtigkeit früherer Zeiten ist dem großen Scherbenkasten der Geschichte überliefert worden, aber — man gestatte uns diese Wortbildung — die Klassenpflichtigkeit fehlt heute noch in voller Maienblüte. Der moderne Mensch wird in eine soziale Klasse hineingeboren und bleibt zeitlebens an diese gekettet. Er kommt zum Beispiel in dem Rückgebäude einer modernen Mietkasernen zur Welt. Sein junges Leben spielt sich im dunklen Hinterhof dieser Kaserne ab. Ihm wird die geistige Volksschulung der Elementarschule gereicht. Vor ihm, dem Angehörigen einer sozialen Pariafschicht, schließen sich die Türen der höheren Bildungsinstitutionen. Seine Berufsfreiheit, das ist die Freiheit, unter einigen schlecht bezahlten Berufsstellungen wählen zu dürfen! Seine Bedarfsfreiheit, das ist die Bedarfsfreiheit der drei oder vier Mark Taglohn!

Selbst wenn die heutige Fabrikasernen noch zum Teil in das sozialistische Zeitalter hindergehen würde, aber in dieser Kaserne eine siebenstündige Arbeitszeit herrschen und in ihr als Entgelt siebenstündigen Schaffens ein um 30 bis 40 Prozent höherer Lohn bezahlt würde, dann wäre selbst die Begründung eines derartig geläuterten Fabriksystems als eine erlösende, befreiende Tat zu begrüßen. Zwei bis drei Stunden mehr Mensch und zwei Mark mehr an Bedarfsfreiheit — das wäre immerhin schon ein Ziel, das der opferreichsten Kämpfe des millionenföpfigen Proletariats wert wäre!

Allerdings der jatte Bürger, der die Vereitigung des arbeitslosen, ein Heer von sozialen Schmarozern ernährenden Kapitalgenuß für ein nationales Unglück hält, wird sich nicht an dem schönen Wohlstand aufstrebender, genossenschaftlich organisierter Arbeiter freuen. Für ihn würde ein derartiger Zustand die Aufhebung des Rechtes auf Faulheit bedeuten, die traurige Notwendigkeit zu arbeiten. Der moderne Fabrikarbeiter tritt mit dem Anbruch der sozialistischen Ära in das Haus freier genossenschaftlicher, sich selbst bestimmender Arbeit. Und dieses Haus freier Arbeit erscheint dem tatenlosen Schlaraffen des Kapitalismus als ein Haus ägyptischer Dienstknechtschaft, als eine wahre Freiheitsmörderische Franzose, weil eben arbeiten für ihn ironen heißt.

Von der badischen Metall- und Maschinenindustrie.

Nun ist auch endlich mit erheblicher Verspätung der Amtsbericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1905 erschienen, mit dem immer allen anderen zuvorzukommen der Ehrgeiz des verstorbenen Würstchens war. Freilich liegt nicht allein darin der Unterschied zwischen den früheren und den heutigen Berichten der badischen Fabrikinspektion, sondern auch, und das ist natürlich viel wichtiger, in dem sozialpolitischen Werte. Die Würstchenschen Berichte wiesen in dieser Beziehung von Jahr zu Jahr Verbesserungen und Fortschritte auf, worin sich zugleich auch die fortschreitende sozialpolitische Erkenntnis Würstchens widerspiegelte: die Berichte Dr. Wittmanns lassen nur Stillstand, teilweise sogar Rückschritt erkennen. Als solcher muß zum Beispiel seine Beurteilung eines Lehrvertrags in einer Maschinenfabrik bezeichnet werden, der den Lehrling über die dreijährige Lehrzeit hinaus verpflichtet, noch weitere zwei Jahre in ihr als Arbeiter zu verbleiben, der also eine förmliche Leibeigenschaft etabliert, den aber Dr. Wittmann nichtsdestoweniger als einwandfrei bezeichnet. Nur die in dem Vertrag vorgegebene Garantiesumme von 60 Mk., die durch Lohnabzüge zusammengebracht werden soll, um von dem Fabrikanten für ihn käuflich zu werden, beanstandete er.

Als mangelhaft muß auch die Fabrikstatistik, trotzdem sie, wie noch nie, in die Details geht, bezeichnet werden, da sie keine Erklärung für den auffallenden Rückgang der Fabrikbetriebe von 9254 im Jahre 1904 auf 9040 im Jahre 1905 enthält. Dieser Rückgang erscheint um so auffallender und hätte daher um so mehr der Aufklärung bedurft, als gleichzeitig die Zahl der Arbeiter von 208313 auf 208393 gestiegen ist und der Bericht selbst an anderer Stelle konstatiert, daß das Jahr 1905 im Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwunges auf allen Gebieten der gewerblichen Produktion stand. In manchen Branchen herrschte eine geradezu fieberschte Tätigkeit, die allerdings zum Teil — insbesondere in der Uhrenindustrie und in der Nähmaschinenfabrikation wurde diese bestätigt — auf das Bedrückende zurückzuführen ist, noch vor dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge die ausländischen Abnehmer mit möglichst viel

Ware zu versehen.“ Im Zusammenhang damit wird weiter festgestellt, daß der flotte Geschäftsgang auch den Arbeitern zugute gekommen ist. „Der Beschäftigungsgrad war ein sehr guter; an Arbeitsgelegenheit mangelte es auch in den letzten Monaten des Jahres um so weniger, als infolge der sehr milden Witterung die im Freien vorzunehmenden Arbeiten, insbesondere die Bautätigkeit, nicht unterbrochen werden mußten. Auch die Löhne sind gestiegen. Wenn auch statistische Angaben für das ganze Land nicht vorliegen, so ist diese Tatsache doch durch zahlreiche Einzelbeobachtungen gelegentlich der Betriebsrevisionen hinreichend erwiesen; auch die in so überaus großer Anzahl für die verschiedensten Gewerbe abgeschlossenen Tarifverträge, in denen regelmäßig auch Lohnhöhungen vereinbart sind, legen Zeugnis dafür ab.“ Diese Lohnhöhungen sind freilich durch die eingetretene Teuerung der wichtigsten Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, ganz oder teilweise wieder absorbiert worden und sie konnten auch eine Verschlechterung der Lebenshaltung nicht verhüten. Konstatiert doch der Bericht den Rückgang an Fleischkonsum und die Säufung der Aufträge für Getreidemühlen und eine Konservenfabrik in solchem Maße, daß sie mit Überstunden und an Sonntagen produzieren mußten, um der großen Nachfrage genügen zu können. Das kräftigende und für den Arbeiter so notwendige Stück Fleisch ist also durch minderwertige Nahrungsmittel ersetzt worden.

Die Metall- und Maschinenindustrie nahm im Berichtsjahr folgende Entwicklung. Es wurden gezählt:

	Metallindustrie		Maschinenindustrie	
	1905	1904	1905	1904
Betriebe . . .	968	997	668	686
Arbeiter . . .	30276	26593	33389	31505
Männliche . . .	22412	19596	31527	29661
Weibliche . . .	7863	6997	1862	1844
Erwachsene . . .	27249	23928	31579	29758
Jugendliche . . .	2929	2665	1790	1731
Kinder . . .	97	102	20	16

Die vergleichende Übersicht zeigt, daß im Jahre 1905 in den beiden Industrien die Zahl der Betriebe zurückgegangen, die Zahl der Arbeiter dagegen gestiegen ist. Wiegen keine Fehler vor und ist die Statistik richtig, so kann man daraus nur auf eine stark wirkende Konzentrationstendenz, auf die rasche Zunahme der Großbetriebe unter Verdrängung der Mittel- und Kleinbetriebe schließen. Der Rückgang der Betriebe beträgt 64, die Vermehrung der Arbeiter 5568. Insgesamt wurden 1905 in Baden 1631 Fabrikbetriebe mit 63664 Arbeitern in der Metall- und Maschinenindustrie gezählt. Dazu kommen natürlich noch die Tausende in den Handwerksbetrieben als Gehilfen tätigen Kollegen.

Revidiert wurden 784 Betriebe mit 33503 Arbeitern, also die Hälfte. Insgesamt blieb aber die Zahl der revidierten Betriebe mit 4148 erheblich unter der Hälfte aller Betriebe. Mit der Kontrolle der durch bundesrätliche Verordnungen geschützten Betriebe (838 mit 3055 von 6702 mit 18740 Arbeitern), der Haushaltungen mit Heimarbeitern (950 von 8130 mit 11954) und der handwerksmäßigen Betriebe (46) erreichte die Gesamtzahl der Revisionen 6023 gegen 4731 in 1904, die von neun Beamten der Fabrikinspektion ausgeführt wurden. In der Statistik der Hausindustrie werden unter anderem 365 Haushaltungen mit 403 Heimarbeitern für die Bijouterieindustrie (davon 48 revidiert) und 572 mit 817 für die Uhrenindustrie (67 revidiert) ausgeführt.

Sollte jeder Betrieb regelmäßig einmal im Jahre revidiert werden, so müßte das Beamtenpersonal der badischen Fabrikinspektion mindestens verdoppelt werden, wozu es hoffentlich auch allmählich kommt. Im laufenden Jahre wird sie durch die Anstellung eines Arztes verstärkt, über dessen Aufgaben der Bericht sagt: „Zu den heute schon bestehenden Spezialreferaten wird noch ein solches für hygienische Fragen treten und von dem ärztlich vorgebildeten Fabrikinspektor übernommen werden. Dies wird zu geschehen haben, ohne daß die örtliche Zuständigkeit anderer Beamten eine Einschränkung erfährt. Die Hygiene in Fabrik und Werkstatt spielt in der gesamten Revisionsstätigkeit eine große Rolle. Verschmutzung und Entfernung von Schmutzmitteln wird immer der Arbeit des örtlich zuständigen Beamten vorbehalten bleiben. Wo es sich jedoch um Gefahren handelt, deren Natur erst durch Beobachtung der ihnen ausgekehrten Personen festgestellt werden kann, da wird der Arzt einzutreten haben. . . Die Einstellung eines ärztlich vorgebildeten Beamten wird es der Fabrikinspektion ermöglichen, künftighin bei ähnlichen Fällen fruchtbarere Erkenntnisse durch Zusammenwirken im eigenen Kreise zu gewinnen, ohne dabei einer Beihilfe von anderer Seite zu bedürfen.“ Die Mitwirkung ärztlicher Beamten bei der Fabrikinspektion ist sehr zu begrüßen und zu wünschen, daß das badische Beispiel von allen übrigen deutschen Bundesstaaten befolgt werde. Die Schweiz machte mit dem Arzte Dr. Schuler, der ihr erster Fabrikinspektor war, während eines Vierteljahrhunderts die besten Erfahrungen.

Über den Verkehr mit den Arbeitern äußert sich die Fabrikinspektion voll befriedigt. „Bei der Erörterung mannigfacher und schwerwiegender Fragen gab sich gesundes Urteil, Billigkeit, Ernst und sittliche Reife bei den Arbeitern oft in überraschender Weise kund. Über alles Lob erhaben war die Ruhe, Sachlichkeit und Sachkenntnis eines Arbeiterausschusses, der in einem großen Ausmaß zu Mannheim, bei welcher die Fabrikinspektion vermittelte, die Arbeiterschaft in sehr schwierigen und lippenreichen Verhandlungen vertrat. Bei einem Ausnahmefall zu Wiesloch, in welchem die Fabrikinspektion ebenfalls vermittelte, ließen sich die Führer der Organisation unerschwer von nichterfüllbaren Forderungen abbringen und zur Annahme eines lokalen Vertrags bestimmen.“ Ob wohl der Berliner Schleifstein diese autliche Äußerung über die organisierte Arbeiterschaft auch abbildet? Und wenn, ob es geschieht, ohne eine wüste Heze gegen die gewiß sehr gemäßigten badische Fabrikinspektion daran zu knüpfen?

Der Verkehr mit den Unternehmern sei ebenfalls befriedigend gewesen, jedoch wird unmittelbar daran eine Blumenlese

von Erzeugnissen kapitalistischer Betriebe geknüpft, so daß das allgemeine gültige Urteil dadurch erheblich eingeschränkt wird. So mußte ein Unternehmer nach erfolgloser Anwendung aller friedlichen Mittel mit der Einstellung seines Betriebs bedroht werden, um ihn zur Durchführung der von dem Aufsichtsbeamten getroffenen Anordnungen zu zwingen.

Aus der Darstellung des Vollzugs der Arbeiterschutzgesetze seien nur einige wenige charakteristische Einzelheiten mitgeteilt. So wurden in der Schwarzwalder Uhrenindustrie gelegentlich der Revisionstätigkeit zahlreiche Fälle von unzulässiger Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitern festgestellt. Die zehnstündige Arbeitszeit wurde im Allgemeinen nicht überschritten, da sie in dem genannten Industriezweig auch für Erwachsene durchgesetzt ist. Dagegen wurden häufig die halbtägigen Vesperpausen nicht gewährt und schulentlassene Kinder unter vierzehn Jahren zehn Stunden täglich beschäftigt. Die Feststellung dieser Zuwiderhandlungen erfolgte durch Kontrolle der Arbeitsbücher. In 37 Fabriken der Pforzheimer Bijouterieindustrie wurde die Bewilligung zur Aufhebung der vor- und nachmittägigen Zwischenpausen für die Lehrlinge unter bestimmten Bedingungen gewährt, dagegen einigen Maschinenfabriken verweigert. Als Begründung für ihr Verbot führten sie immer wieder an, die Arbeit der Jugendlichen stünde mit derjenigen der Erwachsenen in einem so engen Zusammenhang, daß bei Entziehung der Hilfskräfte auch die Tätigkeit der Erwachsenen für die gleiche Zeit lahmgelegt werde, daß also die Rücksicht auf die Natur des Betriebs die Pausenbefreiung erfordere. Demgegenüber stehen vor jetzt wie früher auf dem Standpunkt, daß die Tätigkeit der jugendlichen Arbeiter in Maschinenfabriken nur selten derart in den Organismus der Fabrik eingefügt ist, daß die zeitweilige Unterbrechung der Arbeit der Jugendlichen die Produktion oder die Arbeitstätigkeit der Erwachsenen in nennenswertem Maße störend beeinflussen kann. Auch die Ausbildung der Jugendlichen erleidet durch die Pausengewährung keine Einbuße, weil sie zumeist keine eigentliche Lehrausbildung genießen, sondern mehr mechanische Funktionen übertragen erhalten. Wo sie eine richtige Ausbildung erhalten, schadet die Unterbrechung ebenfalls nichts, weil sie dann Einzelarbeiten erhalten, die jederzeit ohne technische Schwierigkeiten unterbrochen werden können. Der Einwand, welcher von einer Seite gemacht wurde, daß die Pausen auf die Führung der jungen Leute einen entsetzlichen ungünstigen Einfluß ausüben, sollte heute von einem fortgeschrittenen Arbeitgeber nicht mehr erhoben werden. Er beweist nur, daß der Arbeitgeber nicht in der Lage ist, Recht und Ordnung in seinem Betrieb aufrechtzuerhalten. Nur der gute Wille des Arbeitgebers ist zur Durchführung der hier in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen erforderlich. Wir werden auch künftig im Hinblick auf die Gleichartigkeit der Verhältnisse in diesem Industriezweig etwaige weitere Gesetze zur Pausenbefreiung zur Genehmigung nicht empfehlen können.

Aus dem Abschnitt über die Arbeiterinnen ist die Mitteilung von besonderem Interesse, daß die italienische Regierung jetzt den von der Gewerkschaft zur Anwerbung italienischer Arbeiterinnen nachsuchenden Firmen die Einhaltung gewisser Höchstgrenzen, also Minimallöhne vorschreibt. Sie fordert ferner, daß, so lange Streiks bestehen oder in Aussicht sind, für die betreffende Firma keine Anwerbungen gemacht werden dürfen. Sie verlangt schließlich, daß für bestimmte Fälle freie Heimreise garantiert und daß für das leibliche und sittliche Wohl der Mädchen jeweils der Firma in genügender Weise Sorge getragen wird. Alle Forderungen der italienischen Regierung, die darauf abzielen, den Schicksal ihrer Landskinder vor der maßlosen Ausbeutung durch deutsche Kapitalisten zu beschützen, sind zu begrüßen, ihre Landesländer zu vernünftigen und vernünftigen Streikbrechern durch deutsche Ausbeuter zu machen zu lassen. Dieses Vorgehen der italienischen Regierung bezeugt jedoch das „Land der Sozialreform“, in dem der Streikbrecher das höchste Gut der Nation und die höchste Dividende die einzige Gottheit ist.

Die Pforzheimer Bijouterieindustrie hat wieder sehr viele Überstunden gezeichnet, nämlich 218392 von 414256 insgesamt, also mehr als die Hälfte. Kritik gerät nicht mit Recht an dem Umfang der Überstunden, nach Feierabend Arbeit mit nach Hause zu geben. So hatte eine Arbeiterin von den 24,62 und 22,21 Uhr an zwei vierstündigen Schichtperioden 4 bis 5 Uhr zu Hause verdient. Der Umfang solcher gesetzlich verbotenen Überstunden ist teilweise der Verhältnisse in anderen Ländern schon gebräuchlich.

Bemerkenswert ist die fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit und die Schwermertung der notwendigen Überstunden durch höhere Lohnzuschläge, was auch die Gewerkschaften begrüßt. Den Tarifverträgen, Streiks, Ausperrungen und den Gewerkschaften werden einige besondere Kapitel gewidmet, 73 Streiks nach bayerischen Vorbild tabellarisch und auch im Text dargestellt, darunter auch 7 der Metallarbeiter. Im Gewerkschaftsleben wird das Wachstum der Zahl der Mitglieder der Deutschen Metallarbeiter-Verbandes besonders erwähnt, ebenso der Abschluß

mehrerer Tarifverträge, die Herausgabe einer genauen Statistik der Verhältnisse der Arbeiter und der Bijouteriearbeiter. Auf interessante Angaben über die Lage der Bijouteriearbeiter kommen wir gelegentlich zurück.

Parlamentarische Vertretung der christlichen Gewerkschaften.

II.

Wir haben im ersten Artikel gesehen, daß die christlichen Arbeiter schon wiederholt das Bestreben gehabt haben, sich politisch selbständig zu betätigen. Aber sie haben damit bei der Partei, deren Dienste sie gern und eifrig zu verrichten pflegen, recht wenig Anklang gefunden. Das ist auch das leitende Motiv der beiden Artikel, worin das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands sich mit der parlamentarischen Vertretung der christlichen Arbeiter beschäftigt. Es heißt da zunächst, daß die christlichen Gewerkschaften in Verhandlung der politischen Fragen eine gewisse Zurückhaltung und Beschränkung beobachten müßten, denn ihr „interkonfessioneller und nicht parteipolitischer Charakter“, der auf dem ersten Kongress in Mainz programmatisch festgelegt sei, „muß unangetastet bleiben, wollen wir nicht unser mühsam aufgebautes Werk wieder auseinanderreißen“.

Was man von dem „nicht parteipolitischen Charakter“ der christlichen Gewerkschaften zu halten hat, das weiß man aus ihrer Entstehungsgeschichte und ihrem Verhalten der übrigen Arbeiterbewegung gegenüber zu Genüge. Es sind Zentrumsgründungen, geschaffen zu dem Zweck, die katholischen Arbeiter vor dem Anheimsfall an die Sozialdemokratie zu bewahren, sie dem Zentrum als Wähler und dem Unternehmer als willige Arbeiter im Kampfe gegen die Klassenbewegung zu erhalten. Allerdings hat die Entwicklung der Dinge das Verhältnis zwischen Zentrumspartei und christlichen Gewerkschaften anders gestaltet als von den Urhebern und anfänglichen Sömern der Bewegung beabsichtigt war. Trotz aller Parteiergebenheit, trotz aller Rücksicht im Vorgehen, trotz allen Bemühens, der Sozialdemokratie entgegenzuwirken, trieb die christliche Gewerkschaftsbewegung unbewußt und ungewollt auf den Weg des Klassenkampfes; der eigenen Erziehung willen mußten sie Forderungen stellen, Ansprüche ins Werk setzen oder sich daran beteiligen — Grund genug, die anfängliche Liebe der Zentrumsleute in Gleichgültigkeit, Abneigung und Feindschaft zu verwandeln. Das Zentrum hat die christlichen Gewerkschaften von Anfang an nur als notwendiges Übel betrachtet, und als seine Erwartungen nicht eintrafen, konnte man merken, daß das Zentrum die christlichen Berufsorganisationen zu allen Teufeln wünschelt und es nur deshalb nicht offen gesteht, weil es die Arbeiter nicht als Wähler verlieren mag.

Sie Zeichen dafür ist auch der Umstand, daß das Zentrum bis heute sich noch hartnäckig geweigert hat, Arbeiter in seine parlamentarischen Fraktionen aufzunehmen. Und hieraus leitet das christliche Gewerkschaftsblatt denn auch die Notwendigkeit ab zu einem energischen Vorgehen der christlichen Gewerkschaften, um zu politischem Einfluß zu gelangen. Die selbständig gewordene christliche Arbeiterbewegung „ist es, wird sich auf politischem Gebiet keine dauernde Bevormundung gefallen lassen (das Vorhandensein der Bevormundung wird also hier angegeben. Der Verf.); sie wird vielmehr auf Mitarbeit und Mitbestimmung in den Parteien hinarbeiten und auch hier Bestrebungen der Arbeiterforderungen und deren gerechte Berücksichtigung fordern. Eines steht fest: Es ist beschämend für die bürgerlichen Parteien, daß sie die christliche Arbeiterbewegung so wenig politisch haben zur Geltung kommen lassen“.

Das Zentrum wird hier zwar nicht ausdrücklich genannt, dennoch aber rückt sich der in obigen Sätzen ausgesprochene Vorwurf in erster Linie gegen diese Partei, die sich eine christliche nennt, die sich ihrer Arbeiterverantwortlichkeit rühmt, die schon deshalb den christlichen Gewerkschaften entgegenkommen müßte, weil diese doch ihre Einflüsse dem Zentrum verdanken. Das christliche Gewerkschaftsblatt zählt dann die politischen Gegenstände auf, die für die Arbeiter besonders in Betracht kommen; es genügt nicht, diese Forderungen auf Kongressen und in Versammlungen zu äußern, sondern es bedürfte einer parlamentarischen Vorbereitung, bestehend aus „Männern, die der Arbeiterbewegung entgegenstehen und es sich zur Lebensaufgabe machen, die Ziele der christlich-nationalen Arbeiter zu verwirklichen“.

Das Zentrum wird hier zwar nicht ausdrücklich genannt, dennoch aber rückt sich der in obigen Sätzen ausgesprochene Vorwurf in erster Linie gegen diese Partei, die sich eine christliche nennt, die sich ihrer Arbeiterverantwortlichkeit rühmt, die schon deshalb den christlichen Gewerkschaften entgegenkommen müßte, weil diese doch ihre Einflüsse dem Zentrum verdanken. Das christliche Gewerkschaftsblatt zählt dann die politischen Gegenstände auf, die für die Arbeiter besonders in Betracht kommen; es genügt nicht, diese Forderungen auf Kongressen und in Versammlungen zu äußern, sondern es bedürfte einer parlamentarischen Vorbereitung, bestehend aus „Männern, die der Arbeiterbewegung entgegenstehen und es sich zur Lebensaufgabe machen, die Ziele der christlich-nationalen Arbeiter zu verwirklichen“.

Arbeiterbewegung fügt. Wieder andere sehen in unserer Bewegung nur das kleinere Übel und einem weiteren Teile würden wir als Sturmblitz gegen die Sozialdemokratie gerade gut genug sein.“

Diesen Zustand soll nun die parlamentarische Vertretung der christlichen Arbeiter beseitigen, denn „die christliche Arbeiterbewegung ist eben auf politischem Gebiet mündig geworden; sie will es nicht Abgeordneten aus anderen Ständen danken, daß sie die christlich-nationale Bewegung fördern, sondern sie fordert es als ihr Recht, in die Lage versetzt zu werden, dieses selbst durch eigene Vertreter in den Parlamenten tun zu können“.

Das klingt sehr stolz und kühn, und da ausdrücklich in den Artikeln des christlichen Gewerkschaftsblattes auf den jüngsten Wahlerfolg der englischen Arbeiter hingewiesen wird, so erwartet man nun, daß nach deren Beispiel die Schaffung einer eigenen christlichen Arbeiterpartei verkündet wird. Aber so weit geht die Zuerst der christlichen Gewerkschaften doch nicht. Es wird von vornherein zugestanden, daß eine christlich-sozialistische Arbeiterpartei ein Übel sei, da die Zahl der Wähler, wo die christlich-sozialistische Arbeiterpartei die Mehrheit habe, verschwindend klein sei, eine solche Partei also zur völligen Vereinnahmung verurteilt sei. Bliebe also nur der andere Weg, daß die parlamentarischen Vertreter der christlichen Gewerkschaften innerhalb der bürgerlichen Parteien entziehen.

„Wir müssen“, so schreibt das christliche Gewerkschaftsblatt, „in die verschiedensten Parteien hinein, um sie langsam aber sicher mit unserem Geiste zu durchtränken. Alsdann haben wir auch ein Recht dazu, Arbeiterkandidaturen zu verlangen. Jede der in Betracht kommenden Parteien hat als Anhänger eine sehr große Anzahl Arbeiter, durch deren Stimmen ihre Abgeordneten in die Parlamente eingehen. Auf Grund dieser Tatsache werden sich diese Parteien auch wohl hüten, die berechtigten Forderungen unserer Anhänger abzuschlagen.“

Das Blatt erörtert dann die Schaffung einer losen Vereinigung der auf diese Weise in die „verschiedensten Parteien“ hineingebrachten christlich-nationalen Arbeitervertreter und schließt dann: „Die Bahn für parlamentarische Vertreter der christlichen Gewerkschaftsbewegung wäre also frei. ... Für unsere Bewegung wird es ein Stück Lebensfrage sein, und die Erreichung dieses Zieles wird unseren Einfluß, unser Ansehen und unsere Werbekraft bedeutend erhöhen.“

Die Frage der parlamentarischen Vertretung der christlichen Gewerkschaften wäre also gelöst — auf dem Papier. Es sollen christliche Arbeiter in die „verschiedensten Parteien“ hinein. Es wäre der Sache dienlicher gewesen, wenn das christliche Gewerkschaftsblatt seinen „nicht parteipolitischen Charakter“ etwas weniger streng gewahrt und wenigstens verraten hätte, welche Parteien denn hier in Betracht kommen sollen. Es versteht sich, daß die Sozialdemokratie ausscheidet, da wohl auf beiden Seiten kein Verlangen nach einer Annäherung besteht. Blieben also die bürgerlichen Parteien. Wo gedenken die christlichen Gewerkschaften hier Anker zu werfen? Etwa bei den Konservativen, den trotz aller „christlichen“ und „nationalen“ Gesinnung ausgemachten Arbeiterfeinden, den Gegnern jedes Arbeiterschutzes, den sie vernünftiger als eine Begünstigung der Landflucht und, wofern er auf die Landarbeiter ausgedehnt würde, als eine Zerstörung des „patriarchalischen“ Verhältnisses, das heißt des unveräußerlichen Herrenrechtes auf Ausbeutung? Oder bei den National-Liberalen, den Vertretern des industriellen Scharfmachertums, denen die christlichen Gewerkschaften so schlimm sind wie die Sozialdemokraten? Oder bei den Freisinnigen, die, soweit sie nicht die Sozialpolitik für überflüssig halten, schon aus dem Grunde nicht geneigt sein dürften, Mandate an christliche Arbeiter abzutreten, weil sie selber nur noch über anderthalb Mandate verfügen?

Es bliebe also das Zentrum, auf das es ja auch, trotz allen „nicht parteipolitischen“ Drumherumredens, wohl in erster wie in letzter Linie abgesehen ist und dessen Presse im Westen, namentlich die Kölnische Volkszeitung, sich denn auch schon zustimmend zu dem Begehren der christlichen Gewerkschaften ausgedrückt hat. Was wird nun kommen? Die übrigen Parteien, daran ist kein Zweifel, denken nicht daran, den christlichen Gewerkschaften die Erwerbung parlamentarischer Mandate zu erleichtern. Und was das Zentrum betrifft, so wird dieses bei den nächsten Reichstagswahlen in einer Anzahl ausnahmslos christlicher Arbeiterkandidaten aufstellen — das zeigt den „guten“ Willen und schmeichelt freibornen Gemütern. Im besten Falle werden auch zwei oder drei Zentrumsarbeiter durchgebracht und in die ultramontane Fraktion aufgenommen, wo sie sich dann heiligen Eifers voll der Aufgabe widmen dürfen, hundert kapitalistische, agrarische und künstlerische Partei- und Glaubensgenossen zu sozialer Gesinnung und arbeiterfreundlicher Betätigung zu erziehen; wo sie vor dem hohen Hause die Wünsche und Forderungen der Arbeiter verkünden dürfen, die dann von der eigenen Fraktion beiseite geschoben werden; wo sie für die Arbeiter kleine Zugeständnisse an Sozialreform einhandeln, um ihrer Klasse dann das Jehnjache an Opfern für Militarismus und Marinismus, für Zollwucher und Massensteuer zu entziehen!

Die Verwendung des Sauerstoffs und seine Gewinnung aus flüssiger Luft.

Von Dr. Bruno Verthardt.

II. Die Gewinnung des Sauerstoffs.

In chemischen Substanzen und zur Darstellung von Sauerstoff herleiht man Sauerstoff häufig, indem man Quecksilberoxyd, ein bekanntes Pulver, in einem Kolben flüssig macht. Es entsteht sich dann ein Gas, das man über Wasser auffangen kann und das sich bei näherer Prüfung als reiner Sauerstoff erweist. Zum Vergleich werden ein solches gewöhnliches Gasgemisch in dem mit heißer Flüssigkeit. Eine andere Methode besteht darin, das man ein Gemisch aus Eisenpulver und Wasserstoff in einem Kolben flüssig macht. Dieses Gemisch wird zunächst zu einer Masse leicht beweglichen Flüssigkeit, die bei weiterer Erhitzung wieder trübe und feig wird und schließlich ausflockt und Sauerstoff flüssig macht. Durch Zufügen von etwas verdünnter Salzsäure wird der Sauerstoff aus der Flüssigkeit ausgetrieben und bei einer geringeren Temperatur abdestilliert.

Eine weitere Methode der Sauerstoffgewinnung, die sehr häufig geübt wird, um die Eigenschaften eines elektrischen Stromes auszunutzen, besteht darin, das man einen elektrischen Strom durch Wasser leitet. Das Wasser zerfällt dann in Sauerstoff und Wasserstoff. Die Sauerstoffgewinnung ist an der Kathode und Wasserstoffgewinnung an der Anode. Die Sauerstoffgewinnung erfolgt durch die Zersetzung des Wassers, an der Kathode der Wasserstoff.

Alle diese Methoden haben aber das Gemeinsame, daß sie für eine reichliche Darstellung des Sauerstoffs in großen Mengen ungeeignet sind. Um auf diese Weise einen in großen Mengen hergestellten Sauerstoff würde einen Preis erlangen, der seine Verwendung für industrielle Zwecke fast unmöglich machen würde. Man sollte nun meinen, daß auch die reichliche Darstellung von Sauerstoff nur durch ein Verfahren möglich sein könnte, bei dem die Sauerstoffgewinnung ein sehr einfacher Bestandteil der aus anderen bekannten chemischen Stoffen ist, in der er nicht chemisch verbunden, sondern nur durch mechanische Mittel mit dem Sauerstoff, sich befreit.

Ja der Letz hat man versucht, auf rein mechanischem Wege den Sauerstoff aus Stickstoff zu trennen. Dazu eine Membranmembran, die mit einem Sauerstoff viel leichter als Stickstoff, und wenn man diesen Luft durch eine Membranmembran hindurchläßt, so erhält man ein Gasgemisch, das verhältnismäßig mehr Sauerstoff enthält als die ursprüngliche Luft. Ist nun dieses Gasgemisch durch eine Membran hindurchgelassen, so wird das Gasgemisch noch reicher an Sauerstoff, u. i. F. Sauerstoff enthält man ein Gasgemisch, das 92 Prozent Sauerstoff und nur noch 8 Prozent Stickstoff enthält und für sehr viele industrielle Zwecke als sehr reiner Sauerstoff verwendbar ist.

Aber die Art der Herstellung ist eine so komplizierte und mühsame, daß auch auf diesem Wege Sauerstoff in der Technik nicht benutzt wird. Hier sind vielmehr bis zu langen Verfahren gebräuchlich geworden, die den Sauerstoff auf rein chemischem Wege aus reinen chemischen Verbindungen extrahieren. So wird in dem Kaiserlichen Reichsanwalt ein Gemisch von Kohlenwasserstoff und Sauerstoff in einem Schmelzofen bei heller Hitze in einem Schmelzofen, unter Einwirkung von Kohlenwasserstoff wird dann Sauerstoff ausgenommen und abgetrennt. Die bei der Zersetzung von Kohlenwasserstoff wieder in Kohlenwasserstoff, Sauerstoff und einem Gasgemisch zerfällt.

Eine andere Methode ist das Fraktionieren, bei dem man gut getrocknete und von Kohlenwasserstoffen befreite Luft — man benötigt getrocknete Luft und Sauerstoff, um den Sauerstoff und die Kohlenwasserstoffe aus der Luft zu entfernen — unter einem Druck von etwas mehr als 17 Atmosphären durch fließende eigene Schichten leitet, in denen passiver flüssiger Sauerstoff 70 Grad Celsius fließt. Dieser fließt der Luft Sauerstoff ab und wandelt sich in flüssigen Sauerstoff um, das sich auf 60 bis 50 Grad Celsius. Man stellt dann die Luft ab und läßt die Temperatur wiederum auf 70 Grad steigen, wodurch man durch Pumpen in dem Kolben eine Luftverdünnung von 1/2 bis 1/3 Atmosphären erzeugt, wobei zerfällt das Sauerstoffgemisch wieder in Sauerstoff und Sauerstoff, den man auf diese Weise rein gewinnt. Der Rest der Luft, die 10 bis 15 Prozent in Kohlenwasserstoffe, kann man schließlich durch eine Säure- und Wasserdampf-Säure leiten. Bei jeder Operation erhält man auf 1 Kilogramm Sauerstoff 10 Liter Sauerstoff. Er wird unter einem Druck von 100 Atmosphären in Gasflaschen ge-

preßt, die zur Verwendung kommen, so daß man in einer Flasche von 10 Litern 100 Liter reinen Sauerstoff vor gewöhnlichem Druck hat.

Der auf chemischem Wege gewonnene technische Sauerstoff stellt sich indes viel zu teuer, um eine solche Verbreitung für alle möglichen Anwendungen dieses nützlichen Gases zu ermöglichen, wie es im Interesse der fortschreitenden Kultur wünschenswert ist. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Bemühungen der Forscher sich immer und immer wieder der Luft zuwenden, in der der Sauerstoff ja so überreichlich enthalten ist, sich also ganz von selbst darzubieten scheint. Der Weg, auf dem man schließlich in allerneuester Zeit dazu gelangt ist, den Sauerstoff aus der Luft zu gewinnen, zeigt die tüchtige Wechselwirkung zwischen der reinen Wissenschaft und der Technik. Beim Studium der gasförmigen Körper mußte es als sehr merkwürdig erscheinen, daß in bezug auf manche Eigenschaften die Gase sich überaus ungleich verhielten. Von den festen und flüssigen Körpern unterscheidet sich ein Gas dadurch, daß es jeden ihm gebotenen Raum vollständig ausfüllt, sich also mit Leichtigkeit ausdehnt und ebenso zusammenpressen läßt. Das Verhältnis zwischen der zusammenrückenden Kraft und dem Maße der Zusammenpressung ist ein überaus einfaches, wenigstens wenn man dafür sorgt, daß man vor und nach der Kompression (Zusammenpressung) die gleiche Temperatur hat. Beim Zusammenpressen erhitze sich nämlich ein Gas, bei der Ausdehnung kühlt es sich ab, und es ist ja bekannt, daß erwärmte Gase einen größeren Raum einnehmen als abgekühlte, so daß die Dichtungsverhältnisse bei verschiedenen Temperaturen nicht wohl miteinander verglichen werden können, wenn man die Beziehung zwischen Druck und Rauminhalt rein und klar erkennen will. Für gleiche Temperatur also versteht das einfache Gesetz, daß der Rauminhalt eines Gases in genau dem gleichen Verhältnis abnimmt, in dem der Druck, unter dem es gestellt wird, zunimmt. Wenn der Druck aber sehr groß wird, so beginnt das Gas von diesem Gesetz etwas abzuweichen, indem seine Zusammenrückbarkeit in etwas höherem Maße wächst, und schließlich kommt ein Punkt, bei dem es sich überhaupt nicht mehr als Gas halten kann, sondern es geht in den flüssigen Zustand über. Es Druck, bei dem die einzelnen Gase flüssig werden, ist ein sehr verschiedenes; außerdem aber hängt er für jedes Gas auch von der Temperatur ab, bei der die ganze Operation vorzunehmen wird.

Niemand kann es lieber sein als uns, wenn es auf diese Weise den christlichen Gewerkschaften gelingt, mehr Vertreter als bisher in den Reichstag hineinzubringen und so zur Mehrung und Stärkung des Klassenbewusstseins derjenigen beizutragen, die noch der Meinung sind, daß innerhalb der bürgerlichen Parteien etwas für die Arbeiter zu hoffen und zu erreichen sei. Es ist ein Unding, wenn die christlichen Gewerkschaften sich zutrauen, von innen her eine Partei der Unternehmer, Agrarier und sonstiger Interessenten der Ausbeutung, wie es das Zentrum nun einmal ist und bleiben wird, dahin zu bringen, daß sie sich der Wahrung der Rechte und des Wohles der Arbeiter so annimmt, wie diese es fordern können und müssen. Das geht nur in starrer, entschlossener Kampfesstellung der Arbeiter zu den bürgerlichen Parteien, wie sie von der Klassenbewußten Arbeiterbewegung eingenommen wird.

Das Verhältnis, das nach Anweisung des christlichen Gewerkschaftsblattes den christlichen Arbeitervertretern innerhalb der bürgerlichen Parteien als erstrebenswert empfohlen wird, ist ebenso unnatürlich, wie das Verhältnis der freien Gewerkschaften zur Sozialdemokratie natürlich ist, da sie beide Arbeitervertretungen und als solche auf einander angewiesen sind. Wollen die christlichen Gewerkschaften durch ihre parlamentarische Vertretung für diese Tatsache den praktischen Beweis bringen, so kann das jeder Arbeiter, können also auch wir es nur mit Freuden begrüßen.

Vom Schiffbau.

Die Werften sind im allgemeinen gut beschäftigt. Wo dies nicht zutrifft, sind besondere Gründe — teilweise solche von sehr eigenartiger Natur — dafür maßgebend.

Guden. Nordseewerke. Das neue Schwimmdock ist bereits in Benutzung genommen worden.

Dückerhals-Schwarzbeck. Die Aktiengesellschaft J. Frerichs & Co., Schiffswerft, Maschinenfabrik, Eisengießerei und Kesselschmiede, hat in dem Geschäftsjahr 1905 ihren Gesamtumsatz um 30 Prozent des früheren Umsatzes gesteigert. Gegenwärtig sind im Schiffbau etwa 300 Arbeiter beschäftigt. Bruttogewinn 282740 Mk., Abschreibungen 145721 Mk., Reservefonds 7404 Mk., Reingewinn einschließlich des Vortrags aus dem Vorjahr 149107 Mk., Dividende 10 Prozent, Lantienem an den Aufsichtsrat 10751 Mk., Arbeiterunterstützungsfonds 11167 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 27190 Mk. Die Werft wird fast bis zum Schlusse des laufenden Jahres gut beschäftigt sein.

Bremen. Aktiengesellschaft Weser. Stapellauf: Dampfer „Dress“ für die Dampfschiffahrtsgesellschaft Neptun.

Geeftemünde. G. Seebek, Aktiengesellschaft. Abgeliefert: Frachtdampfer „Attila“ für die Bremer Dampferlinie Atlas, 2900 Tons. — J. C. Tecklenburg. Stapellauf: Doppelschraubendampfer „Willow“ für den Norddeutschen Lloyd, 8500 Tons. Mit Ladegeschirr für besonders schwere Gegenstände versehen. — Das abgelaufene Geschäftsjahr erbrachte einen Betriebsüberschuss von 835136 Mk. Zu Abschreibungen wurden verwendet 369301 Mk., so daß ein Reingewinn von 465835 Mk. blieb. Davon sind nach Abzug der Lantienem u. s. w. eine Dividende von 10 Prozent bezahlt worden. Im Bau waren am Schlusse des Geschäftsjahres: 10 Schiffe von zusammen 40600 Tons, 12 Hauptmaschinen von 27750 indizierten Pferdestärken, 30 Kessel von 7759 Quadratmeter Heizfläche, 32 Hilfsmaschinen, 2 Filteranlagen. Die Entwicklung des Betriebs macht weitere Vergrößerungen und Verbesserungen erforderlich.

Vegeack. Bremer Vulkan. Stapellauf: Küstendampfer „Martha“ für die Deutsche Ostafrikalinie. Abgeliefert: Dampfer „Schwaben“ für den Norddeutschen Lloyd, 8000 Tons.

Hamburg. Blohm & Voß. Stapellauf: Großer Kreuzer „Scharnhorst“. Dampfer „Cap Bilano“ für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft. Tragfähigkeit 7200 Tons. Probefahrt: Dampfer „Prinzessin“ für die deutsche Ostafrikalinie, 6300 Tons. — S. Branderburg. Abgeliefert: Schleppdampfer „L. Lindemann“ für die Firma Lindemann in Hamburg. — Janssen & Schmilinsky. Probefahrt: Seeschleppdampfer „Goliat“ für südamerikanische Rechnung. — G. C. Stülcken Sohn. Stapellauf: Frachtdampfer „Hansa“ für die Hansa-Hochseefischereigesellschaft in Hamburg. — Auch diese Werft soll erweitert werden. Es wird eine neue Fischerei und Zimmerei errichtet und ferner die Maschinenhalle um die Hälfte des gegenwärtigen Umfangs erweitert. Außerdem soll ein neues Preis- und Hammerwerk errichtet werden, damit in dringenden Reparaturfällen größere Schmiebefläche auf der eigenen Werft schnell hergestellt werden können. Infolge dieser Vergrößerungen wird die Zahl der Arbeiter von 500 auf 700 vermehrt werden. — J. H. W. Wischhoff. Stapellauf: Die Frachtdampfer „Mölkentort“ und „Riseberg“ für die neue Ostafrikalinie-Aktiengesellschaft in Kiel. Abgeliefert: Schleppdampfer „Mar Soetje“ für die Bugherfame Gebr. Soetje in Hamburg. Große Baraffe für die Hamburger Kriminalpolizei. — Bei der neuen Werft des Steintiner Vulkan sind die Vorarbeiten beendet und die Ausführung der Anlagen begonnen. Der Betrieb soll Ende 1907 eröffnet werden. Der Ausschluß des Wertgegenstandes in Hamburg aus dem Zollgebiet ist vom Bundesrat unter der Bedingung genehmigt worden, daß, außer für den eigenen Gebrauch, Bau und Ausbesserung hölzerner Segelschiffe, hölzerner und eiserner Schuten, Rähne und Boote und ferner Bau und Ausbesserung eiserner und hölzerner Dampfschiffe und eiserner Segelschiffe unter 1200 Bruttotons unterzagt ist.

Es ist ja allgemein bekannt, daß gewöhnliches Wasser bei 100 Grad siedet, also in dampfförmigen Zustand übergeht; jetzt nun Wasserdampf von 100 Grad einem geringeren Druck aus, als dem einer Atmosphäre, so hat man eben ein vollständiges Gas, das beim Zusammenpressen bis auf Atmosphärendruck sich wieder als Wasser niederschlägt. Erhitzt man dagegen den Wasserdampf beträchtlich weiter, so ist auch der Druck, unter dem er flüchtig wird, ein höherer, und bei geringerer Temperatur verwandelt sich Wasserdampf schon bei erheblich niedrigerem Druck in Wasser, bei 20 Grad zum Beispiel schon bei einem Druck von 17 1/2 Millimeter Quecksilber, das ist etwa 1/30 Atmosphäre.

Für die verschiedensten Gase sind die Zahlen, das heißt die Drucke und Temperaturen, bei denen sie in den flüssigen Zustand übergehen oder bei denen umgekehrt die Flüssigkeit siedet, also in gasförmigen Zustand übergeht, sehr verschieden. Kohlenäure wird zum Beispiel bei 0 Grad flüchtig, wenn sie bis auf 38 Atmosphären zusammengedrückt wird, hält man sie dauernd auf einer Temperatur von 10 Grad, so muß man den Druck bis auf 50 Atmosphären steigern, um sie flüchtig zu erhalten u. s. f., und bei anderen Gasen erhält man andere Zahlen.

Es erschien nun außerordentlich merkwürdig, daß sechs Gase, erstens nämlich die beiden Hauptbestandteile der atmosphärischen Luft, Stickstoff und Sauerstoff, weiter noch Wasserstoff, Kohlenoxyd, Stickoxyd und Grubengas sich in keiner Weise verflüssigen ließen. Es mußte dies nun so seltsamer erscheinen, als man doch für sämtliche Gase eine gewisse Gleichartigkeit in ihrer Konstitution von vorsehen annehmen geneigt war. Deshalb glaubte man auch, man habe vielleicht noch nicht genügend hohe Drucke angewendet, und würde bei stärkeren Drucken doch wohl zur Verflüssigung kommen. Man unterwarf den Sauerstoff und den Stickstoff aber auch ihre Vermenge, die Luft, Drucken, die bis über 200 Atmosphären anstiegen, und trotzdem zeigte sich nicht die Spur irgend einer Verflüssigung. Da gelang es vor 37 Jahren einem englischen Physiker, Andrews mit Namen, nachzuweisen, daß auch jedes andere Gas sich in einem Zustand verhalten läßt, in dem es selbst bei den höchsten Drucken nicht flüchtig wird, sich also genau so verhält, wie die oben angeführten sogenannten permanenten (unverflüssigbaren) Gase. Für jedes Gas

Harburg. R. Holz. Aufträge: Zwei Personenboote für das Ausbooten der Passagiere in Helgoland für je 120 Personen Aufnahmefähigkeit; 10 bis 12 Dampfboote, eine Anzahl Leichter für ausländische Rechnung. Abgeliefert: Sieben kleine stählerne Dampfbarkassen als Weibooten für die Hamburg-Amerika-Linie. Glückstadt. J. & S. Gehlsen. Stapellauf: Fischlogger „Otter“ für die Fischerei-Aktiengesellschaft in Glückstadt.

Tönning. Eiderwerk. Aufträge: Fischdampfer für S. Fröck. Altona; Frachtdampfer für die Norddeutsche Frachtdampfer-Aktiengesellschaft in Flensburg, 3850 Tons. Abgeliefert: Dampfer „Maia“ für Holm & Wolken in Flensburg, 3050 Tons.

Flensburg. Schiffbaugesellschaft. Stapellauf: Dampfer „Gelia“ für A. Kirßen, Hamburg, 1500 Tons; die Dampfer „Ariana“ und „Eger“ für die Syndikatsreederei in Hamburg, je 4000 Tons. Abgeliefert: Frachtdampfer „Stolzenfels“ für die Dampfschiffahrtsgesellschaft Hanja in Bremen, 8700 Tons; Dampfer „Amstel“ für A. Kirßen, Hamburg, 1200 Tons.

Kiel. Germania-Werft. Stapellauf: Torpedoboot „G 135“ für die deutsche Marine.

Dietrichsdorf bei Kiel. Howaldtswerke. Stapellauf: Die Frachtdampfer „Angantyr“ und „Wogatz“ für die Dampfschiffahrtsgesellschaft Geston in Kopenhagen, je 2150 Tons; Passagierdampfer für die Blaue Dampferlinie in Wellingdorf bei Kiel. Abgeliefert: Fracht- und Passagierdampfer „Mathilde“ für M. Zebßen, Apenrade. Wie man sieht, ist auch diese Werft gut beschäftigt. Aus diesem Grunde kommt es einem so dröckiger vor, wenn man in dem Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Oktober 1904 bis zum 30. September 1905 die stereotypen Klagen vorfindet. Da heißt es: „Die Beschäftigung der in ausgedehntem Maße gesteigerten Leistungsfähigkeit der deutschen Schiffbauindustrie blieb mit Ausnahme von einigen Werften ungenügend; die Folge war ein Fagen nach Aufträgen (wo eine ganze Reihe von Werften bereit für das ganze Jahr 1906 mit Aufträgen versehen war. Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung), so sehr, daß an eine erspriessliche Preisbildung nicht zu denken war. Außerdem war die Lage für unsere Hauptindustrie in der Schiffahrt infolge der russischen Unruhen so schlecht, daß trotz des Zusammenstufes der Reeder gewinnbringende Frachten nicht zu erzielen waren; erst beim Schlusse unseres Geschäftsjahres zeigte sich eine gewisse Besserung, die aber den uns inwischen durch Ausschluß lohnender Arbeit erwachsenen Verlust nicht auszugleichen vermochte. Nicht allein die vorgeschilderten Verhältnisse, sondern auch Arbeiterunruhen, wie der große Bergarbeiterstreik und der lokale Fischerstreik, wirkten nachteilig, da wir durch verpätete Materiallieferungen in unserem Betriebe erheblich gestört wurden und infolgedessen verschiedene Schiffe nicht zur Ablieferung bringen konnten. Es herrschte eine künstlich erzeugte Unruhe in den Arbeiterkreisen, welche sich dadurch kennzeichnete, daß gegen frühere Jahre der Arbeiterwechsel sich auf mehr als die doppelte Zahl steigerte. (Die Werft hat es sich wiederholt angelegen sein lassen, Arbeiter aus Danzig und Steettin unter hohen Versprechungen herzuloden, sie hat aber dabei auch das Reich gehabt, Arbeiter zu erwischen, die besser organisiert waren, als der größte Teil des auf der Werft beschäftigten Arbeiterstandes. Sobald die importierten Arbeiter die Zustände auf der Werft kennen gelernt hatten, schüttelte ein großer Teil von ihnen den Staub von den Pantoffeln und suchte sich anderswo bessere Arbeit.) So wenig die Arbeiter aus solcher Unruhe einen Nutzen ziehen können, so sehr wurde durch dieselbe dem regelmäßigen Fortgang des Betriebs Störung und Schaden zugefügt. Außerdem haben auch die fortwährenden Ansprüche auf Lohnerhöhung, denen wir bis an die Grenze der Möglichkeit nachgaben, die Herstellung der Ware verteuert.“

Solche Leute haben noch die Unverfrorenheit, von „außerhalb unserer Werte stehenden Leuten“ zu reden, die „auf anderer Leute Kosten von Wohl- und Geharbeit leben“.

Lübeck. Henry Koch. Abgeliefert: Fracht- und Passagierdampfer „Riga“ für die Oldenburg-Portugiesische Dampfschiffreederei in Oldenburg, 3300 Tons; Dampfer „Lindard Scheij“ für Matthias Struve in Blankenese, 2600 Tons.

Kloster. Neptunwerft. Aufträge: Je ein Dampfer von 4000 und 2600 Tons für Dellgaard & Thorsen; ein Dampfer von 4000 Tons für Erik Rüb und zwei Dampfer von je 4000 Tons für Knöhr & Burchard, sämtlich in Hamburg. Stapellauf: Dampfer „Garal“ für S. Schuldt in Flensburg, 4100 Tons. Daß die Direktion dieser Werft in ihrem Geschäftsbericht über die „Bedeutung der Arbeiter“ herzieht, braucht wohl nicht erst hervorgerufen zu werden. Obwohl nach dem Bericht eine „wirksame und der Werft augenbringende Tätigkeit vor der Hand gänzlich ausgeschlossen“ ist, hat die Werft doch noch fünf Prozent Dividende auswerfen und 172379 Mk. für Abschreibungen sowie 39301 Mk. für Lantienem und Gratifikationen an die Beamten verteilen können. In der Tat, ein „schlechtes Geschäftsjahr“!

Stettin. Müsse & Co. Auftrag: Ein Frachtdampfer für Flensburg. Rechnung, 1100 Tons. Stapellauf: Passagierdampfer „Berlin“ für die Swinemünder Dampfschiffahrtsgesellschaft. — Döberwerke. Auftrag: Hochseefischdampfer für Hamburger Rechnung. Stapellauf: See-Passagierdampfer „Saxnig“ für die Motorboot-Gesellschaft Saxnig; der erste der drei vom Hauptbaum der D. regulierung bestellten Bereisungsdampfer. Abgeliefert: Die Passagierdampfer „Agit“ und „Reiter“ für die Veremigte Flensburg-Genossenschaft und Sonderburger Dampfschiffesgesellschaft in Flensburg; Dampfbaggerpraha für die königliche Kaserneninspektion in Pillau. — Vulkan. Reichspost-Doppelschraubendampfer „Prinz Ludwig“ für den Norddeutschen Lloyd, 11000 Brutto-Tons. Abgeliefert: Dampfer „Navarra“ für die Hamburg-Amerika-Linie, 5470 Tons. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, ist das Gewinnergebnis „durch die

besteht, wie Andrews nachwies, eine Temperatur, oberhalb deren es durch keine noch so hohen Druck verflüssigt wird. Für Kohlenäure zum Beispiel ist diese „kritische“ Temperatur 31 Grad. Wird Kohlenäure über 31 Grad hinaus erhitzt, so ist sie ein ebenso permanentes Gas wie Sauerstoff und widersteht den höchsten bis auf mehrere Tausend Atmosphären ansteigenden Drucken.

Durch die Entdeckung der kritischen Temperatur waren die Bemühungen zur Verflüssigung der Gase auf eine neue Grundlage gestellt. Es war wahrscheinlich, daß die permanenten Gase nur deshalb der Verflüssigung widerstanden, als permanent erschienen, weil man sie oberhalb ihrer kritischen Temperatur zusammengedrückt. Ihre kritische Temperatur lag wahrscheinlich sehr tief und es galt, diese zu erreichen, wenn man zu ihrer Verflüssigung gelangen wollte. Das Problem der Verflüssigung der permanenten Gase fiel also unmittelbar mit der Aufgabe der Erzeugung tiefer Temperaturen zusammen.

Vor etwa 30 Jahren glückte es gleichzeitig zwei französischen Forschern, Cailliet in Paris und Pictet in Genf, Sauerstoff und Stickstoff, bald darauf auch die anderen Gase in flüssigen Zustand zu erhalten. Für Sauerstoff zeigte sich die kritische Temperatur zu 118 Grad Kälte, für Stickstoff zu 190 Grad Kälte, noch tiefer liegt die kritische Temperatur für Wasserstoff, bei — 240 Grad (das — Zeichen vor der Temperaturangabe bedeutet Kältegrad).

Je tiefere Temperaturen man erzeugen kann, um so geringer kann auch der Druck sein, bei dem ein Gas in den flüssigen Zustand übergeht, und schließlich muß man zu so tiefen Temperaturen kommen, daß schon der gewöhnliche Atmosphärendruck zur Verflüssigung genügt. Für Sauerstoff ist diese Temperatur — 183 Grad, für Stickstoff liegt sie noch tiefer, bei — 194,5 Grad. Bei dieser Temperatur würde also auch die gewöhnliche atmosphärische Luft, die ja ein Gemisch aus Sauerstoff und Stickstoff ist, sich verhalten wie Wasser, das heißt unter gewöhnlichem Druck flüchtig werden. Seit etwa 10 Jahren ist es gelungen, die Luftverflüssigung durch gewaltige Temperaturerniedrigung in großem Maßstab zu bewerkstelligen, so daß flüssige Luft ein begehrter Handelsartikel geworden ist. Wir wollen in diesem Zusammenhang auf die Art, wie die Verflüssigung von den verschiedenen Forschern, Linde, Pictet, Dewar, Soloway und anderen erreicht wird, nicht näher eingehen; was uns hier interessiert, ist folgendes:

Preissteigerung der Materialien und insbesondere durch die wiederholten Lohnforderungen der Arbeiterchaft beeinträchtigt“ worden. (Die werft — Arbeiter!) Die Gesellschaft ist aber trotzdem „infolge der seit Jahren beobachteten soliden Finanzpolitik“ in der Lage, einen Abschluß vorzulegen, der die Verteilung einer Dividende von 14 Prozent erlaubt. Im ganzen wurden für 24,4 Millionen Mark Erzeugnisse abgeliefert. Die höchste Arbeiterzahl war 6174, die niedrigste 5642, die Lohngewinn 6,8 Millionen Mark. Gesamtgewinn 4225215 Mk. Reingewinn 2127215 Mk. Davon wurden verwendet zu Dotationen 56830 Mk., Lantienem 111111 Mk., Dividende 1400000 Mk.

Danzig. Schichau. Stapellauf: Doppelschraubendampfer „Dort“ für den Norddeutschen Lloyd, Tragfähigkeit 9700 Tons.

Bau deutscher Schiffe * aus ausländischen Werften. Aufträge: Schleppdampfer für die Gwerführerfirma Dornien & Paap bei einer Werft in Rotterdam. Zwei große Fischdampfer für die Hansa-Hochseefischereigesellschaft in Hamburg bei The John Duthie Torry Shipbuilding Co. in Aberdeen; Turredampfer für die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Hanja in Bremen. Stapellauf: Dampfer „Solger“ für die Molandlinie in Bremen bei Swan, Hunter & Wigham Richardson Limited in Wallsend on Tyne; Dampfer „Guntzer“ für die Hamburger Reedereiaktiengesellschaft Union bei der Werft von Iripines Shipy Building & Dry Docks Co. Abgeliefert: Dampfer „Gutrone“ für die Hamburger Reedereiaktiengesellschaft von einer Werft in Newcastle; Dampfer „Serapis“ für die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Rosmos“ in Hamburg von einer Werft in Newcastle; Dampfer „Altona“ für die Syndikats-Reederei Hamburg von William Dobson & Co. in Newcastle; Schleppdampfer „Charles Bergog“ für die Gwerführerfirma Bergog in Hamburg von de Coop in Hoogezand, Holland.

Sin neuer Ozeanriesse. Die Firma Harland & Wolf in Belfast baut für die Withe Star Line einen Dampfer, der den von derselben Firma gelieferten Dampfer „Baltic“ (23876 Tons) noch an Größe übertrifft. Der neue Dampfer, „Abriatic“, soll 216,6 Meter lang, 15,24 Meter breit und 7,62 Meter tief werden und 25000 Tons groß sein.

Die überdachten Hellinge der Kruppschen Germania-Werft zu Kiel sollen noch übertrifft werden. Die neue Werft, die von Harrow & Co. am Clyde (Schottland) errichtet wird, erhält ein mit Glas überdachtes Ausstattungsbaßin. Natürlich wird dann auch ein Laufsteg über das ganze Baßin hinweglaufen. Die Arbeitsplätze neben dem Baßin sollen ebenfalls überdacht werden.

In Lübeck fand am 9. Mai die Grundsteinlegung zu dem Hochofenwerk statt. Das Werk hat seinen Platz am unteren Traneauf dem Fischerorte Schluß gegenüber erhalten. Es werden zunächst zwei Hochöfen mit den entsprechenden Nebenbetrieben für Manganast, Teer, Bengol und Kolzbereitung errichtet.

Die Geschichte einer gelben Gewerkschaft.

K. Nach der Metallarbeitsperrung im vorigen Jahre wurde in der Maschinenfabrik Augsburg unter der Protektion der Fabrikleitung ein Arbeiterverein gegründet, der völlig die charakteristischen Merkmale der berechtigten gelben Gewerkschaften trägt. In dem Statut werden den Mitgliedern eine Menge Vorteile, Unterstützungen und Darlehen in Aussicht gestellt, und zwar bei einem Jahresbeitrag von 1 Mk. pro Mitglied. Es war von vornherein klar, daß der Verein auch noch andere Hilfsquellen haben muß, und in der Tat wurde er kurze Zeit nach der Gründung durch eine Spende des Direktors Buz sen. in Betrag von nicht weniger als 100000 Mk. „überreicht“. Auf Grund dieser Vorgänge charakterisierte dann die Arbeiterpresse die Gründung dieses „Arbeitervereins“ als das, was sie wirklich ist, nämlich als einen skandalösen Verrat an der Arbeiter Sache. Bei dieser Gelegenheit sollen nun die Münchener Post und die Schwäbische Volkszeitung die Mitglieder des Vereins beleidigt haben. Die neun Vorstandsmitglieder der gelben Gewerkschaft stellten deshalb Privatklage gegen die Redakteure M. Gruber und Eugen Kirchhoffenig. „Auch über dem Redakteur der Metallarbeiter-Zeitung schwebt wegen „Beleidigung“ der ehlen Gesellschaft eine Privatklage. Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung.) Am Freitag den 11. Mai fand Verhandlung vor dem Schöffengericht Augsburg statt, die — um das gleich vorher zu nehmen — zur Verurteilung der beiden Sünder führte. Gruber wurde zu 90 Mk., Kirchhoffenig zu 210 Mk. Geldstrafe verurteilt. Als Strafmitbedingung wurde verurteilt, daß beide Angeklagte auf Grund ihrer politischen Anschauungen über die mit den Arbeiterinteressen kollidierende Gründung des Arbeitervereins erbittert und empört waren und daß sie als Redakteure vielgelesener Tagesblätter für Arbeiter über die Sache berichtet haben.

Durch die Beweiserhebung ist nun aber mit unzweifelhafter Deutlichkeit enthüllt worden, wie der sogenannte Arbeiterverein gemacht wurde und wer seine eigentlichen Leiter sind. Obwohl von beiden Seiten ein außerordentlich umfangreicher Zeugenapparat aufgebildet war, ließ das Gericht nur die Vernehmung von drei Zeugen zu, nämlich der beiden Direktoren Buz jun. und Dr. Guggen-

Flüssige Luft ist ein Gemisch zweier Flüssigkeiten, nämlich von flüssigem Sauerstoff und flüssigem Stickstoff, deren Siedepunkte um 11 1/2 Grad auseinander liegen. Wir haben es also mit einem ähnlichen Flüssigkeitgemisch zu tun, wie bei einer Mischung von Wasser und Alkohol, bei der der Alkohol bereits bei 78 Grad siedet, das Wasser erst bei 100 Grad. Die Folge ist, daß aus dem Gemisch bei Erwärnung zuerst der Alkohol ausdunstet und das Gemisch immer wasserreicher wird, bis man schließlich fast reines Wasser erhält. Der Vorgang der Trennung zweier Flüssigkeiten von verschiedenem Siedepunkt durch sogenannte „fraktionierte Destillation“ wird bei einem Gemisch von Wasser und Alkohol dazu benutzt, den Alkohol zu gewinnen; bei der Luft kann man denselben Vorgang dazu benutzen, den Sauerstoff darzustellen. Aus der flüssigen Luft, die bei Atmosphärendruck eine Temperatur von — 194,5 Grad hat, siedet zuerst der Stickstoff aus, die aus einem Gefäß mit flüssiger Luft aufsteigenden Dämpfe sind vornehmlich Stickstoff, in denen zum Beispiel ein hineingeleitetes brennendes Schweifelhöcher sofort erlischt. Aber die zurückbleibende Flüssigkeit wird dadurch sauerstoffreicher, sie enthält mehr Sauerstoff im Verhältnis zum Stickstoff, als die atmosphärische Luft, und schließlich wird sie fast reiner Sauerstoff; die dann aus ihr aufsteigenden Dämpfe bringen ein brennendes Streichholz nicht zum Verlöschen, sondern in ihnen verbrennt ein taum noch glimmendes Hölzchen mit hellster Glut.

Hier ist also ein Weg geboten, in überaus einfacher Weise fast reines Sauerstoff zu erhalten, der für die verschiedensten Industrien so überaus wertvoll ist. Es sind in den letzten Jahren eine Reihe von Fabriken gegründet worden, in denen auf dem Wege über die Verflüssigung der Luft Sauerstoff gewonnen wird. Gerade diese Art der Gewinnung des Sauerstoffs erscheint außerordentlich zukunftreich, weil es möglich erscheint, auf diese Weise den Sauerstoff, für den man das Rohmaterial ja unmittelbar aus der uns umgebenden Luft nehmen kann, zu erheblich billigeren Preisen als auf chemischem Wege zu gewinnen. Schon jetzt existieren einige Versuchsanlagen für Sauerstoffbeleuchtung, und zweifellos werden diese in naher Zukunft an Ausdehnung gewinnen. Auch für die übrigen Verwendungsgebiete des Sauerstoffs ist durch die flüssige Luft ein bequemer Weg geboten, dies Gas in beliebigen Mengen zu erhalten.

heimer und des Prokuristen Pfeiffer. Bemerkenswert sei, daß Dr. Gugenheimer, zweifellos der intelligenteste und gerissenste der Direktoren, früher Landgerichtsrat in München war. Vor einigen Jahren passierte ihm eine kleine „Ehrentat“, der ein Duell folgte. Dr. G. erhielt mehrere Monate Gefängnis, wovon ihm, da er „krank“ wurde, die Hälfte geschenkt wurde. Er nahm dann seinen Abschied aus dem Staatsdienst und wurde Direktor in der Maschinenfabrik Augsburg, sicherlich kein schlechter Laufsch. — Der erste Direktor, Kommerzienrat Buz sen., dessen Vernehmung sich sicherlich am interessantesten gestaltet hätte, war auffälligerweise, trotz erfolgter Ladung, nicht zur Verhandlung erschienen. Er war bereits am 11. Mai zur Eröffnung der Ausstellung nach Nürnberg gefahren, die aber erst am 12. Mai erfolgte. Ihm kam offenbar diese Eröffnung sehr gelegen.

Die Beweiserhebung erstreckte sich in erster Linie auf die Frage, auf weissen Initiative hin der Arbeitswilligenverein gegründet wurde. Die Zeugen mußten zugeben, daß der Anstoß zur Gründung von der Direktion gegeben wurde. Der Prokurist Pfeiffer, der als Vertreter der Direktion jeder Versammlung des Vereins und jeder Vorstandssitzung bewohnt (ein netter Arbeiterverein, der sich derartig unter Kontrolle stellt!) erklärte, die Direktion habe die Gründung des Vereins nicht veranlaßt, allerdings aber mit Freuden begrüßt. Auf eine weitere Frage äußerte er jedoch: Buz sen. habe den Leuten, die sich bei ihm über den „Terrorismus“ der freien Gewerkschaften und der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften beklagten, den Rat gegeben, sich zusammenzuschließen. Doch sei Wert darauf gelegt worden, daß die Arbeiter den (von der Direktion) gewünschten Verein selbst gründeten. Wie es aber mit dieser Gründung aus eigener Initiative aussieht, zeigt die festgestellte Tatsache, daß Pfeiffer nicht nur jeder Vereinsversammlung und Sitzung bewohnt, sondern auch die Statuten entworfen hat. Pfeiffer sagte auf Fragen aus, die Direktion habe ihm nicht Beifügungen erteilt, was er im Verein durchzusetzen habe, dagegen seien ihm Wünsche von der Direktion mitgeteilt worden, die sich auf die Einrichtung des Vereins bezogen hätten. Beschlüsse der Vorstandssitzung in bezug auf Unterstützungsgesuche seien der Direktion vorgelegt worden (zur Genehmigung natürlich!). Die Direktoren Buz jun. und Dr. Gugenheimer mußten zugeben, daß bei verschiedenen Gelegenheiten Arbeitern, die sich bei ihnen angeklagt über sozialdemokratischen Terrorismus beschwerten, den Rat gegeben haben, einen Arbeitswilligenverein zu gründen. Nach der Behauptung der Beklagten hat Buz jun. in einer Sitzung des Arbeiterausschusses ursprünglich die Gründung eines ordnungsliebenden Pensionsvereins angeregt, was aber des Wortes „ordnungsliebend“ wegen abgelehnt wurde, da schon einmal ein Verein ordnungsliebender Arbeiter in Augsburg bestand, der aber schmachlich in die Brüche ging. Buz jun. konnte sich daran „nicht mehr erinnern“. Dagegen gibt er zu, einen Verein angeregt zu haben, dessen Mitglieder friedlich mit der Direktion auszuhandeln suchten und nicht mitstreifen, wenn von anderer Seite ungerechtfertigte Forderungen erhoben werden. Der Vorsitzende bemerkte hierzu: „Sie wollen halt Arbeiter haben, die auf Ihrer Seite stehen.“ Auf die Frage, was die „friedlichen“ Arbeiter wohl tun würden, wenn von ihnen geforderte Forderungen nicht erfüllt würden, gab Direktor Buz keine Antwort. Ebenso wurde auch die Antwort auf eine andere peinliche Frage verweigert. Nach der Gründung des Arbeitswilligenvereins ist nämlich von diesem eine Herabsetzung der Arbeitszeit verlangt worden. Die Direktion hat daraufhin eine Verkürzung der Arbeitszeit von 61 auf 58 Stunden bewilligt, was natürlich mit bedeutendem Geiz als „Erfolg“ der neuen Organisation der „Friedensliebenden“ ausprobiert wurde.

Von der Verteidigung wurde nun die Frage gestellt, ob es richtig sei, daß die Direktion dem Anstößigen erst nahegelegt habe, diese Forderung an sie zu stellen. Es war ungenau formuliert, in welcher Angelegenheit bei dieser Frage der Anwalt der Kläger geriet und mit welchem Eifer er seinen Mandanten den Rat gab, die Antwort hierauf zu verweigern. Leider lehnte es das Gericht auch ab, in eine Bemerkung über den von den Klägern und namentlich ihren Anwalt behaupteten „sozialdemokratischen Terrorismus“ gegen die Arbeitswilligen einzutreten; so wurde den Beklagten die Gelegenheit genommen, Gegenbeweise zu führen und den Terrorismus der Streikbrechergewerkschaft vor Gericht einmal zu erwähnen. Auf den Einwurf, daß Polizei und Staatsanwalt schon längst eingegriffen hätten, wenn wirklich von den freien Gewerkschaften der behauptete Terrorismus verübt werde, entgegnete einer der Direktoren, es würde sich eben jeder, den Zeugen zu machen. Ganz zutreffend erwiderte darauf der Angeklagte Gruber, daß sei ein Zeichen, daß es sich nur um Behauptungen handle, die sich kein Mensch auf seinen Eid zu nehmen wage. — Merkwürdigerweise wurde auch mit keinem Worte der Behauptung des Beklagten widerprochen, daß der Anstößige der gelben Gewerkschaft sich erst auf Kommando beleidigt gefühlt und Klage gestellt habe. Die Herren haben sich auch den letzten Anwalt in Augsburg geleistet, der die Maschinenfabrik auch in sonstigen Prozessen vertritt. Damit kommen wir nun zu einem der merkwürdigsten und bedeutungsvollsten Momente des ganzen Prozesses.

Die Direktion der Maschinenfabrik Augsburg besteht aus prominenten liberalen Männern, wie nicht von der liberalen Presse ebenfalls häufig vermeldet, wie sie unter anderem von der Zentralpresse — und zwar namentlich wegen der auch gegen die christlichen Gewerkschaften gerichteten Gründung des Arbeitswilligenvereins — angegriffen wird. Im Sonntag ist die Gründung der gelben Gewerkschaft von unserem Abgeordneten Kollmann zu Sprache gebracht worden, und seinen Angriffen auf die Maschinenfabrik haben sich unter Aufwand großer Entschlossenheit von allen die Vertreter der christlichen Arbeiter angeschlossen, die Rechtsabteilung für die Gewerkschaft aber hat ein liberaler Abgeordneter. Diese Verhältnisse muß man wieder, um zu verstehen, was es bedeutet, daß als Verteidiger des liberalen Arbeitswilligenvereins ein herbeizugender Zentralpräsident, der Reichsanwalt Heiser, fungiert, der vor einigen Jahren sogar Landtagsabgeordneter war und noch jetzt das unangenehme Mitglied des allmächtigen Ausschusses in Augsburg ist! Und dieser Zentralpräsident leitet sich und zwar ohne jede andere Bezeichnung, in seinen Reden einen stolzen Angriff auf die christlichen Gewerkschaften. Heiser polemisiert in der Art, wie es ein Abgeordneter des Reichstages tut, gegen die modernen Gewerkschaften, deren ganzes Ziel auf die Zerstörung des Mittelstandes gerichtet sei (Wappel an die beiden allmächtigen Schöpfer!) und die beständig solche Forderungen stellen, daß die deutsche Industrie handlungsunfähig gemacht werde, wie das schon der englische Fabrikant durch die Schließung der englischen Gewerkschaften gezeigt sei. Die Gewerkschaftsbewegung wolle die Arbeiter immer zu unbedingten Forderungen in der Hand vollständiger Agitationen mahnen, die ebenso wie die Sozialisten immer über sich hinausgehen. Er behauptet, daß die christlichen Gewerkschaften sich der Laizität der Sozialdemokraten angeschlossen, statt sich auf den Standpunkt zu stellen, den Leo XIII. in seiner herrlichen Enzyklika vertreten hat. Deswegen würden sie beim Werk Augsburg auch nicht anerkannt werden, weil sie der Standpunkt der Arbeitswilligen der Befehle!

Ob sich wohl die christlichen Gewerkschaften diese Beschuldigungen über ihren Parteivorstand gefallen lassen? Natürlich wurde dem Herrn Heiser, der sich nicht scheut, auch mit offener Zunge zu speerieren (zum Beispiel die Sozialdemokratie habe im Reichstag gegen die Engelstädter gestimmt), von den Beklagten und auch dem Schlichter Kirchpfeifer, Gehör beimgemacht. Schlichter Gruber meinte, die so getriebene Entschlossenheit der christlichen Gewerkschaften hinge wesentlich mit den letzten Landtagswahlen zusammen. Was werde man wohl nicht sagen, das wieder ein rechtliches Mittel zu bringen.

Die beiden Beklagten sind ja, wie eingangs mitgeteilt, zu recht empfindlichen Gebilden zu bezeichnen. Aber dafür haben wir einen ganz außerordentlichen Agitationsgeist gewonnen, der uns gerade in jetziger Stunde von unschätzbarem Werte ist.

Zur Formerbewegung.

Erster Bezirk.

In Torgelow sind am 14. Mai zirka 800 Former und Gießereiarbeiter ausgesperrt worden. Schon seit einiger Zeit fanden Verhandlungen mit dem Unternehmerverband wegen Erneuerung des am 15. April abgelaufenen Tarifvertrags statt, die zu keinem Resultat führten. Die Arbeiter kündigten deshalb das Arbeitsverhältnis. Während der Kündigungsfrist wurde weiter verhandelt, aber nur mit drei Firmen wurde eine Einigung erzielt. So standen die Dinge, als der Aussperrungsbeschluß des „Gesamtverbandes“ bekannt wurde. Die Arbeiter beschloffen darauf, angesichts der Situation die Arbeit nicht niederzulegen, sie wollten unter Zurückziehung der Kündigung weiter arbeiten, wurden aber ausgesperrt! Welche Einsprüche für diese Maßregel der Unternehmer entscheidend waren, läßt sich leicht erraten. (Der uns vorliegende ausführliche Bericht erscheint in nächster Nummer. Die Redaktion.)

Zweiter Bezirk.

Dresden. Wie wir schon in voriger Nummer andeuteten, haben in Dresden die Unternehmer selbst die Verhandlungen wieder aufgenommen und Vorschläge unterbreitet. Nach mehreren Sitzungen der beiden Kommissionen kamen endlich am 14. Mai folgende Einigungsbedingungen für die Gießereibetriebe der Kreis-Hauptmannschaft Dresden zustande:

Zu 1: Die Normalarbeitszeit soll, wie bei den einzelnen Betrieben gefordert, eingehalten werden.

Zu 2: Überstunden werden nach Möglichkeit vermieden. Sie müssen, wenn erforderlich, geleistet werden und die Vergütungen werden mit 25 Prozent Zuschlag, aus dem vereinbarten Stundenlohn berechnet, bezahlt, wenn die Arbeitszeit um mehr als eine halbe Stunde überschritten wird. Ohne Genehmigung des Vorgesetzten dürfen jedoch keine Überstunden gemacht werden.

Zu 3: Anfangslohnbestimmungen, sogenannte Mindestlöhne, werden abgelehnt, dagegen wird mit jedem Former und Gießereiarbeiter ein feiner Tarifvertrag entsprechend der Stundenlohn vereinbart, der gewährt leistet wird. Es wird den Arbeitgebern nahegelegt, die niedrigen Löhne entsprechend aufzubessern.

Zu 4: Die Affordpreise werden mündlich oder schriftlich vor Übernahme der Arbeit den Arbeitern bekanntgegeben und der einmal vereinbarte Affordbetrag wird nur unter Kürzung der nach der Fabrikordnung oder dem Gesetz gerechtfertigten Abzüge ansbezahlt.

Zu 5: Unersuchtliche Forderungen werden abgelehnt. Kommissarien und Differenzenentscheid die Betriebsleitung unter Hinzuziehung des betreffenden Formers oder Kennmachers. In Streitfällen werden ein oder mehrere unbeteiligte Former hinzugezogen, die beiden Parteien gerecht sind.

Zu 6: Die hierunter ausgesprochenen Wünsche werden, soweit sie nicht erfüllt, den Gießereibetrieben zur Berücksichtigung angelegentlich empfohlen.

Zu 7: In Betrieben, wo günstigere Bedingungen als die jetzt vereinbarten schon gewährt sind, müssen solche bestehen bleiben.

Zu 8: Bei Aufnahme der Arbeit kehren alle streikenden und ausgesperrten Former und Gießereiarbeiter an ihre bisherigen Plätze zurück, soweit dieselben nicht anderweitig besetzt worden sind. Die Wiedereinstellung erfolgt nach Bedarf. Maßregelungen von streikenden oder ausgesperrten Formern und Gießereiarbeitern werden nicht stattfinden.

Zu 9: Arbeitswillige dürfen in keiner Weise belästigt werden.

Zu 10: Die Wiedernahme der Arbeit in der Kreis-Hauptmannschaft Dresden tritt ein mit der Einigung in den Verbänden Hannover, Braunschweig und Breslau.

Die am 19. Mai, vormittags, abgehaltene Versammlung der Former und Gießereiarbeiter stimmte diesen Bedingungen gegen drei Stimmen zu.

Dritter Bezirk.

Braunschweig. Auf Grund des Beschlusses der Versammlung vom 12. Mai riefte die Eisenkommission der streikenden und ausgesperrten Arbeiter an den hiesigen Metallindustriellen-Verband die Aufgabe, wie die Unternehmer die Lohnverhältnisse erfordern zu lassen gedenken. Demnach antwortete der Unternehmerverband, daß die Regelung der Löhne nicht Sache des Verbandes sein könne, sondern jeder einzelnen beteiligten Firma überlassen bleiben müsse.

Die Beschäftigten legen in den einzelnen Betrieben so verschiedentlich, daß von einer gleichen Entlohnung nicht einmal ein Wort und demselben Werke, noch weniger aber auf verschiedenen Arbeitsplätzen, die Rede sein kann. Zum Schluß wird empfohlen, daß die Arbeiterschaft in einzelnen Werken mit diesen in Verhandlung tritt. — Ein weiterer Vorschlag der Arbeiter über die Lohnregulierung zeitigte inhaltlich die gleiche Antwort des Unternehmerverbandes.

Gegenüber dem unangelegenen Verhalten der Unternehmer ist davon zu erinnern, daß die Former und Gießereiarbeiter diesen Weg am Anfang der Bewegung beschritten hatten, aber abgewiesen worden waren. Die Arbeiter hätten sich zunächst durch ihren Bezirksleiter an die einzelnen Gießereibetriebe gewandt. Als dieser jedoch ablehnende Antworten erhielt, haben die Arbeiter jeder einzelnen Fabrik ihre Forderungen durch Arbeiterkommissionen den Fabrikanten eingereicht. Als die Arbeiter jedoch auf diese Weise ihre Forderungen stellen, da griff der Metallindustriellen-Verband ein und verbot den Fabrikanten die Bewilligung der Forderungen. Er beschloß, die große Aussperrung vorzunehmen, und welcher er sich jetzt so sehr in die Länge gezogen hat. Die Anforderungen über die Mittel der Arbeiter, die in der ersten Zeit der Aussperrung in den hiesigen Zeitungen gemacht worden sind und die jedem Arbeiter nur ein Schilling abgenommen wurden, waren nur berechnung, den Fabrikanten Rat einzuschlagen. Die Herren werden nun wohl einsehen haben, daß den Interessen der hiesigen Arbeiter über die Arbeiterbewegung nur ein problematischer Wert beigemessen ist. Es heißt also jetzt: Die Arbeiter jeder einzelnen Fabrik haben mit ihren Fabrikanten verhandeln wollen. Der Metallindustriellen-Verband hat das verhindert und nun fordert er jetzt von den Arbeitern die Befreiung dieses Weges. Da den Unternehmern der Streikverbot in Dresden, die sich nun mit den streikenden Arbeitern geeinigt haben, sehr viel daran liegt, daß die Arbeit bei ihnen aufgenommen wird, werden sie wohl davon lässig sein, daß auch in den drei anderen als „bestreift“ angegebenen Betrieben die Bewegung zum Abschlus gelangt wird.

In Hannover haben am 15. Mai die ersten Verhandlungen stattgefunden. Die Vorschläge und Bedingungen der Unternehmer waren aber derartig, daß sie für die Arbeiter unannehmbar sind. Weitere Verhandlungen werden in Aussicht genommen.

Vierter Bezirk.

Mannheim. Am 19. Mai bei den Verbänden in Mannheim auf den 2. Juni. Der Vorsitzende gab dem Bezirksleiter von der Sache ebenfalls Kenntnis durch folgenden Brief:

„Mannheim, den 19. Mai 1906. Ihre gefällige Mitteilung laut Schreiben vom 17. d. M. steht im Einklang mit der von dem Gesamtverband Berlin zugetragenen Ansicht, wonach die prinzipiellen Forderungen in Zusammenhang mit nicht zurückgegeben werden sind. Es zur Stunde habe ich mich keine Verbindungen erlassen und es wird insbesondere unter Beachtung der in der Sache des heutigen Tages die Arbeiterschaft mit dem Aussperrungsbeschluß in Kontakt zu setzen und für den 2. Juni die Verhandlungen anzufangen. Ein weiterer Vorschlag, daß es unter dieser Umständen keinen Sinn hat, wenn wir mit Ihnen Verhandlungen über andere Fragen verhandeln und daß wir einfach abwarten müssen, bis der allgemeine Streik beginnt.“ Ich hoffe, daß dieses auch rechtzeitig erfolgen wird, und ich bin dann jeder Termin zur Verhandlung der Verhandlungen entgegen. Hochachtungsvoll

Fünfter Bezirk.

Mannheim. Am 19. Mai bei den Verbänden in Mannheim auf den 2. Juni. Der Vorsitzende gab dem Bezirksleiter von der Sache ebenfalls Kenntnis durch folgenden Brief:

„Mannheim, den 19. Mai 1906. Ihre gefällige Mitteilung laut Schreiben vom 17. d. M. steht im Einklang mit der von dem Gesamtverband Berlin zugetragenen Ansicht, wonach die prinzipiellen Forderungen in Zusammenhang mit nicht zurückgegeben werden sind. Es zur Stunde habe ich mich keine Verbindungen erlassen und es wird insbesondere unter Beachtung der in der Sache des heutigen Tages die Arbeiterschaft mit dem Aussperrungsbeschluß in Kontakt zu setzen und für den 2. Juni die Verhandlungen anzufangen. Ein weiterer Vorschlag, daß es unter dieser Umständen keinen Sinn hat, wenn wir mit Ihnen Verhandlungen über andere Fragen verhandeln und daß wir einfach abwarten müssen, bis der allgemeine Streik beginnt.“ Ich hoffe, daß dieses auch rechtzeitig erfolgen wird, und ich bin dann jeder Termin zur Verhandlung der Verhandlungen entgegen. Hochachtungsvoll

Sechster Bezirk.

Mannheim. Am 19. Mai bei den Verbänden in Mannheim auf den 2. Juni. Der Vorsitzende gab dem Bezirksleiter von der Sache ebenfalls Kenntnis durch folgenden Brief:

„Mannheim, den 19. Mai 1906. Ihre gefällige Mitteilung laut Schreiben vom 17. d. M. steht im Einklang mit der von dem Gesamtverband Berlin zugetragenen Ansicht, wonach die prinzipiellen Forderungen in Zusammenhang mit nicht zurückgegeben werden sind. Es zur Stunde habe ich mich keine Verbindungen erlassen und es wird insbesondere unter Beachtung der in der Sache des heutigen Tages die Arbeiterschaft mit dem Aussperrungsbeschluß in Kontakt zu setzen und für den 2. Juni die Verhandlungen anzufangen. Ein weiterer Vorschlag, daß es unter dieser Umständen keinen Sinn hat, wenn wir mit Ihnen Verhandlungen über andere Fragen verhandeln und daß wir einfach abwarten müssen, bis der allgemeine Streik beginnt.“ Ich hoffe, daß dieses auch rechtzeitig erfolgen wird, und ich bin dann jeder Termin zur Verhandlung der Verhandlungen entgegen. Hochachtungsvoll

Siebter Bezirk.

Mannheim. Am 19. Mai bei den Verbänden in Mannheim auf den 2. Juni. Der Vorsitzende gab dem Bezirksleiter von der Sache ebenfalls Kenntnis durch folgenden Brief:

„Mannheim, den 19. Mai 1906. Ihre gefällige Mitteilung laut Schreiben vom 17. d. M. steht im Einklang mit der von dem Gesamtverband Berlin zugetragenen Ansicht, wonach die prinzipiellen Forderungen in Zusammenhang mit nicht zurückgegeben werden sind. Es zur Stunde habe ich mich keine Verbindungen erlassen und es wird insbesondere unter Beachtung der in der Sache des heutigen Tages die Arbeiterschaft mit dem Aussperrungsbeschluß in Kontakt zu setzen und für den 2. Juni die Verhandlungen anzufangen. Ein weiterer Vorschlag, daß es unter dieser Umständen keinen Sinn hat, wenn wir mit Ihnen Verhandlungen über andere Fragen verhandeln und daß wir einfach abwarten müssen, bis der allgemeine Streik beginnt.“ Ich hoffe, daß dieses auch rechtzeitig erfolgen wird, und ich bin dann jeder Termin zur Verhandlung der Verhandlungen entgegen. Hochachtungsvoll

Achter Bezirk.

Mannheim. Am 19. Mai bei den Verbänden in Mannheim auf den 2. Juni. Der Vorsitzende gab dem Bezirksleiter von der Sache ebenfalls Kenntnis durch folgenden Brief:

Nun, wir stehen der Sache vollkommen kühl gegenüber. Wenn die hiesigen Scharfmacher mit Gewalt uns in der Agitation überfallen wollen, wir haben keine Ursache, sie zu hindern.

In Württemberg wird es nicht zur Aussperrung kommen. Dort wurde dem Bezirksleiter auf eine telefonische Anfrage hin mitgeteilt, daß das neuere Resultat der Gießereikommission (Fabrikanten) ihm in den nächsten Tagen geht und wohl befriedigen dürfte. Befriedigt haben die württembergischen Industriellen in allen sechs Punkten Zugeständnisse gemacht.

Neunter Bezirk.

Augsburg. Am 14. Mai wurde mit den Eisengießereien Chr. Fischer und Kleindienst & Co. verhandelt, ein Resultat wurde nicht erzielt, so daß bei diesen Firmen weitergestreikt wird. — Die Verhandlungen mit der Firma Demharter vor dem Gewerbegericht Pforzheim haben zu einem Erfolg geführt. Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 60 1/2 auf 58 Stunden reduziert und ein entsprechender Lohnausgleich eintreten. Für Überstunden, die möglichst zu vermeiden sind, werden 20 Prozent Zuschlag gewährt. Ferner wurde für Former unter zwanzig Jahren ein Lohn von 35 Pf., über zwanzig Jahren 45 Pf., für Gießereiarbeiter 30 Pf. die Stunde festgesetzt. Affordreduktionen werden nicht gemacht. Die vorherigen Grundpreise werden bei Wiederholen der Arbeit garantiert. Die Affordpreise werden vorher mit den Arbeitern vereinbart. Gutsauschuss wird bei Nichtverschulden voll bezahlt, im Schuld Falle werden Abzüge gemacht, in jedem Falle wird aber der Former vorher gehört. Die Wünsche auf hygienische Einrichtungen werden erfüllt, verschiedene ist schon durchgeführt. Maßregelungen finden nicht statt. — Am 15. Mai wurde die Arbeit von allen Arbeitern wieder aufgenommen.

Zum Kampfe in der Metallindustrie.

Der „Gesamtverband“ der Metallindustriellen hat mit seinen Beschlüssen und Publikationen nichts als Pech — sie werden stets „mißverstanden“, so daß er immer wieder „auflären“ und „richtigstellen“ muß. Als das Wolffsche Depeschbüro die Nachricht verbreitete, daß 300000 Arbeiter der Metallindustrie ausgesperrt werden sollten, erklärte er, das sei „völlig aus der Luft gegriffen“. Das von der Presse veröffentlichte „Protokoll“ vom 2. Mai verbreitete über die Absichten des Gesamtverbandes Licht, die an diesem Tage gefaßten Beschlüsse liefen auf eine Generalaussperrung hinaus. Aber trotzdem will der Gesamtverband „mißverstanden“ sein, er leistete sich deshalb folgendes Zirkular:

„Die Abendausgabe des Berliner Tageblattes vom 11. Mai bringt den Abdruck des Protokolls der Ausschüßsitzung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller vom 2. Mai, welches das Tageblatt sich durch eine Indiskretion verschafft hat. Wer das Protokoll liest, wird aus der Unstimmigkeit der Beschlüsse leicht erkennen, daß es sich am 2. Mai um nichts weiter als um spontan gekellte und nicht abgeklärte Anträge gehandelt hat, welche nur als vorbereitende Schritte angesehen waren und deren Veröffentlichung unter diesen Umständen unterbleiben mußte.“

Sobald der Gesamtverband definitive Beschlüsse gefaßt hat, wird er sich nicht scheuen, sie zu veröffentlichen, damit die Arbeiter rechtzeitig erfahren, woran sie sind. Einer Indiskretion von anderer Seite, um die Arbeiter zu warnen, bedarf es nicht.

Zur Aufklärung der Öffentlichkeit teilen wir mit, daß es sich bei den Abwehmnahme des Gesamtverbandes um zwei Prinzipienfragen handelt. Die eine ist die Fernhaltung des gleichen Normallohnes über ganz Deutschland, zunächst für die Former, später für alle Arbeiterkategorien, die andere ist die Aufrechterhaltung der Parität in der Verhandlungsfrage.

Über die Schädlichkeit des gleichen Normallohnes für ganz Deutschland haben wir uns bereits am 8. Mai geäußert. Was die Parität in der Verhandlungsfrage anbetrifft, so geht bekanntlich das Streben der Arbeiterorganisationen dahin, daß die Feststellung der Arbeitsbedingungen zwischen der Arbeiterorganisation und dem einzelnen Arbeitgeber erfolge, weil sie unter solchen Verhältnissen die härteren sind.

Die Arbeitgeber müssen darauf halten, daß in der Verhandlungsfrage Parität herrscht, daß also die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeber und seinen eigenen Arbeitern oder der Gesamtheit der bestreikten Arbeitgeber und der Gesamtheit der streikenden Arbeiter stattfinden, wobei die Parteien selbst verständlich auch durch kleinere Ausschüsse verhandeln können, oder daß Verhandlungen zwischen der Arbeitgeberorganisation und der Arbeiterorganisation erfolgen.

Wenn beide Parteien durch ihre Organisation verhandeln wollen, so mögen sie das tun, wenn aber eine Partei verlangt, daß die Verhandlung mit dem direkten Kontrahenten erfolgen soll, so geht dieses Verlangen als ursprüngliche und natürlichere vor.

Wenn Arbeitgeber nur mit ihren eigenen Arbeitern verhandeln wollen, so dürfen die Arbeiter die Arbeitgeber in solchem Falle nicht zwingen wollen, daß sie mit der Arbeiterorganisation verhandeln, sondern sie haben selber mit ihren Arbeitern zu verhandeln, ebenso wie die letzteren direkt mit ihren Arbeitern zu verhandeln haben, wenn letztere solches verlangen.

Der Gesamtverband fordert, daß die Parität bei etwaigen Verhandlungen gewahrt bleibt, und daß dabei das ursprüngliche und natürliche Verhältnis des direkten Verhandeln zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gewahrt werden muß, wenn auch nur eine Partei solches fordert, und er verlangt weiter, daß die Forderung des Minimallohnes für ganz Deutschland, welcher den Normallohn, also die Schablonisierung für ganz Deutschland vorbereiten soll, von den Metallarbeitern fallen gelassen wird.

In diesen beiden Prinzipienfragen wird der Gesamtverband seine energigsten Bezirksverbände unterstützen, im übrigen mischt er sich nicht in die sonstigen vorliegenden örtlichen Differenzen, weil er seinerseits nicht schablonisieren will.“

Die hiesigen Zeitungen, denen das Zirkular zugestellt wurde, breiteten über den ersten Absatz den Mantel der christlichen Liebe, sie werteten, daß darin etwas „unstimmt“ sein müsse. In der Tat kann auch nur ein Kurist des Gesamtverbandes „unstimmt“ Beschlüsse zu „ipsonum gestellten“ und „nicht abgeklärten“ Anträgen ungeschickten sich erlauben. Daß aber die Beschlüsse „unstimmt“ erzeugten, ist hinlänglich bekannt, denn zahlreiche Unternehmer sind damit nicht einverstanden. In dieser Tatsache wird nicht das geringste geändert durch den „definitiven“ Beschluß vom 14. Mai (siehe unten). Was den tatsächlichen Inhalt des zitierten Zirkulars vom 12. Mai betrifft, so muß vor allem die Stühnheit trappieren, mit der in Absatz 4 behauptet wird, die Arbeiterorganisationen streben dahin, daß die Feststellung der Arbeitsbedingungen zwischen der Arbeiterorganisation und dem einzelnen Arbeitgeber erfolge. Wenn diese Behauptung nicht wider besseres Wissen aufgestellt ist, dann zeigt sie aber doch wenigstens von einer großen Unwissenheit des Verfassers des Zirkulars. Die vielen bereits abgeschlossenen korporativen Tarifverträge widerlegen die Behauptung aufs schlagendste. Das Bestreben der Arbeiterorganisationen ist darauf gerichtet, von Organisation zu Organisation Arbeitsverträge abzuschließen. Das zu verhindern, ist aber gerade der Metallindustriellen-Verband bisher immer bestrebt gewesen. Er wollte auch von einer Verhandlung

von Organisation zu Organisation nichts wissen, nichts von Verhandlungen der Gesamtheit der bestreikten Arbeitgeber und der Gesamtheit der streikenden Arbeiter. Und selbst die „Parität“ des Verhandlungsbereichs zwischen dem Arbeitgeber und seinen eigenen Arbeitern war ihm ein Schmel und Greuel, er stand innerlich auf dem Standpunkt, daß doch eigentlich der „Herr im Hause“ den Arbeitsvertrag zu diktieren habe. Nun also will der Metallindustriellen-Verband die „Parität“ in dreierlei Art anerkennen (Absatz 5). Aber seine Herzensneigung gilt doch nur dem „ursprünglichen“ und „natürlicheren“ Verhältnis des direkten Verhandlungsbereichs zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Ein bürgerliches Blatt, die Frankfurter Zeitung, läßt nun dem Gesamtverband die Beilegung zuteil werden, daß mit dem „natürlich“ viel Mißbrauch getrieben werde. In der Sozialpolitik sei eigentlich alles künstlich, es komme nur darauf an, ob das Gemachte oder Beabsichtigte zweckmäßig sei oder nicht. Zweckmäßig sei aber im Wirtschaftsleben all das, was geeignet ist, Streitigkeiten zwischen den einzelnen Gruppen zu vermeiden und dadurch Störungen der Erwerbstätigkeit zu verhindern. Dazu eignen sich besonders Tarifverträge. Bei Schaffung von solchen müßte sich die prinzipielle Frage des Normallohnes von selbst erledigen.

Der Gesamtverband hat nun am 14. Mai eine Sitzung gehalten, um die „Anstimmigkeiten“ der Beschlüsse vom 2. Juni zu beseitigen. In dieser Sitzung fungierten nach dem Protokoll als Wortführer der Generalsekretär Dr. Grabenstedt und der Landtagsabgeordnete Menck-Altona. Die Versammlung stimmte dem Antrage des Vorstandes zu, die Ausperrungsquote von 30 auf 60 Prozent zu erhöhen. Der Beschluß selbst lautet:

„Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller ist der Meinung, daß die Bezirksverbände Dresden, Hannover, Braunschweig und Breslau im guten Rechte sind, wenn sie die Verhandlungen mit Vertretern der Arbeitgeberorganisationen ablehnen, da die bestreikten Arbeitgeber bereit sind, durch eine Kommission aus ihrer Mitte mit den streikenden Arbeitern zu verhandeln, und ferner, daß sich die genannten Bezirksverbände um die deutsche Industrie verdient gemacht haben, indem sie es abgelehnt haben, die gestellten Forderungen auf Mindestlöhne, welche sich zweifellos zu einheitlichen Normallöhnen und einheitlichen Tarifverträgen über das ganze Gebiet des deutschen Reiches auszuweiten, anzunehmen.“

Unter der Voraussetzung, daß die genannten vier Verbände ihre Stellung in diesen beiden prinzipiellen Fragen nicht ändern und auf keinen Fall Separatabmachungen durch einzelne Verbände oder einzelne Firmen eingegangen werden und der Betrieb nicht eher ausgenommen wird, als bis eine Einigung und die Wiederaufnahme der Arbeit für sämtliche vier Bezirksverbände sicher gestellt worden ist, beschließt der Gesamtverband, die vier Verbände in diesen prinzipiellen Fragen so lange zu unterstützen, bis durch Abmachungen zwischen den bestreikten Arbeitgebern und streikenden Gießereiarbeitern die beiden prinzipiellen Fragen im Sinne der Arbeitgeber ihre Erledigung gefunden haben.

Die Unterstützung, welche der Gesamtverband den vier Bezirksverbänden gewährt, soll darin bestehen, daß im ganzen Gesamtverband vorläufig 60 Prozent der Beschäftigten — vornehmlich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehörige — Arbeiter am 2. Juni 1906 entlassen werden, wenn eine Einigung zwischen den genannten vier Bezirksverbänden und ihren Arbeitern vorher nicht zustande gekommen ist.

Arbeiter, welche mit Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist entlassen werden müssen, ist spätestens am 19. Mai 1906 zu kündigen; falls durch die Ausperrung von 60 Prozent der Arbeiter die in den Betrieben zurückbleibenden Arbeiter in größeren Massen einzelne Werke verlassen sollten, so verpflichten sich sämtliche 60 Prozent ihrer Arbeiter ausperrenden Verbände, zum Schutze der geschädigten Betriebe mit weiteren Ausperrungen vorzugehen, und zwar unterwerfen sie sich hierbei einem Majoritätsbeschluss in der Weise, daß eine Zweidrittelmajorität die weitere Ausperrung bis zur Vollausperrung beschließen kann. Der Vorstand erhält Vollmacht, die Durchführung der Ausperrung ins Werk zu setzen und auch, wo die Verhältnisse es fordern, einzelne Ausnahmen zuzugestehen. Die Abmachungen zwischen den bestreikten Arbeitgebern und den streikenden Gießereiarbeitern unterliegen der Kontrolle des Vorstandes, welcher für diesen Zweck durch je einen Vertreter der bestreikten Verbände verstärkt wird. Die Gesamtabmachungen sind von diesem erweiterten Vorstand zu genehmigen; falls die vier Verbände oder einer von ihnen mit den Beschlüssen des erweiterten Vorstandes sich nicht zufrieden geben will, so kann die Entscheidung des Ausschusses beantragt werden. Hierbei handelt es sich aber ausschließlich um die beiden prinzipiellen Fragen, alle übrigen Forderungen der streikenden Gießereiarbeiter hat jeder Bezirksverband für sich allein zu ordnen.“

Als 60 Prozent der vornehmlich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehörigen Arbeiter sollen am 2. Juni, am Vorabend des christlichen Pfingstfestes, brotlos gemacht werden, weil einige Scharfmacher ihrem Machttitel fröhnen wollen. Oder ist der Beschluß am Ende gar nur ein Deckungs-, ein Scheinmanöver? Als Grund der Ausperrung werden zwei prinzipielle Forderungen der Arbeiter bezeichnet. Der „Gesamtverband“ nennt aber offene Lügen ein, wenn er diese als Stein des Anstoßes erklärt. Um jeden Zweifel darüber zu beheben, welche Anschauungen unser Verband über den „Normallohn“ und die Verhandlungsfrage hat, ließ unser Vorstand der sozialdemokratischen Tagespresse und auch mehreren bürgerlichen Blättern folgende Darlegung zugehen:

Zur Klarstellung.

Einer letzten in der Presse veröffentlichten Bekanntmachung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller entnehmen wir, daß dieser Verband nur dann zu einer Ausperrung von 60 Prozent der in Betriebsbetrieben beschäftigten Arbeiter (und vornehmlich Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes) schreiten will, wenn von den ausführenden Formern und Gießereiarbeitern nicht zwei prinzipielle Forderungen zurückgezogen werden. Als solche prinzipielle Forderungen werden genannt:

1. Das Verlangen der Arbeiter nach Verhandlung von Organisation zu Organisation.
2. Die Einführung von Mindestlöhnen.

Demgegenüber stellen wir hiermit ausdrücklich fest, daß in den den Unternehmern eingereichten Forderungen die unter 1. angegebene Forderung nicht enthalten ist und nicht enthalten war. Es wurde vom unterzeichneten Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und seinen Bezirksleitungen allerdings versucht, eine Unterhandlung von Organisation zu Organisation herbeizuführen, nachdem dies aber von den Unternehmern und ihrer Organisation abgelehnt war, die Unterhandlungen den beteiligten Arbeitern überlassen. Beweis: Nürnberg, Dresden, Breslau, Braunschweig, Hannover, Offenbach und andere Orte. Durch Vertreter unseres Verbandes wurde nur da verhandelt, wo die Unternehmer oder ihre Verbände damit einverstanden waren. Und dort ist es auch nirgends zum Ausstand gekommen. Beweis: Baden, Württemberg.

Einen Kampf um die Anerkennung der Organisation braucht der Deutsche Metallarbeiter-Verband nicht zu führen und

führt ihn auch nicht, weil diese Anerkennung eine Frucht ist, die ihm später ganz von selbst reif in den Schoß fällt. Auch der heurige Kampf läßt das erkennen. Dieselbe Organisation der Unternehmer, die diese Art der Anerkennung der Arbeiterorganisation ablehnt, verlangt von den im Streit befindlichen Arbeitern, daß sie an den vier Streikorten Breslau, Braunschweig, Dresden und Hannover gleichzeitig den Streik aufheben. Ist dies keine Anerkennung der Organisation? Wie wollen die streikenden Arbeiter eines Ortes überhaupt irgend welchen Einfluß auf die eines anderen Ortes ohne Organisation geltend machen können? — Gerade in dem Moment, wo der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller oder seine Bezirksverbände ein solches Anstimmigen an die streikenden Arbeiter stellen, erkennen sie die Notwendigkeit der Mitwirkung der Arbeiterorganisation an, und wir stehen nicht an zu erklären, daß auch wir, wenn wir es auch nicht noch einmal verlangen, eine rasche Beilegung von Differenzen an verschiedenen Orten nur durch Verhandlungen der Zentralen der beiden Organisationen möglich und zweckmäßig halten.

Wie weit aber die einzelnen Bezirksverbände des Metallindustriellen-Verbandes entfernt sind, auch mit Kommissionen ihrer Arbeiter zu verhandeln, beweisen Dresden und Breslau. In Dresden entstand der Streik, weil die für die einzelnen Gießereien gewählten Kommissionen der (eigenen) Arbeiter nicht nur abgewiesen, sondern in einem Betrieb aus der Arbeit entlassen, in einem anderen mit Prügelein bedroht wurden. In Breslau haben nach erfolgter Ausperrung bis heute keine Verhandlungen mit den Arbeiterkommissionen stattgefunden, trotzdem sie von den Arbeitern mehrfach verlangt und auch vom Gesamtverband der Metallindustriellen als zulässig anerkannt wurden.

Was die Forderung des Mindestlohnes betrifft, so spielt diese im gegenwärtigen Kampfe eine ganz untergeordnete Rolle. Sie war für die Verhandlungen vorgeschlagen, ist aber nirgends der Anlaß zu einem Ausstand gewesen. Auch in Hannover und Braunschweig kam es nicht wegen dieser Forderungen zum Streik, sondern wegen der mangelhaften Zugeständnisse überhaupt und ihrer ganz unverbindlichen Form. Wie wenig Bedeutung der unterzeichnete Verband der Forderung der Mindestlöhne bei diesem Kampfe beigelegt hat, geht schon daraus hervor, daß beispielsweise in Nürnberg, wo nach Ablehnung des Verbandes als Unterhändler eine Kommission der Formern und Gießereiarbeiter mit einer solchen der Gießereibesitzer verhandelte, nach einer Aussprache auf den Mindestlohn verzichtet und über die übrigen Punkte ohne Streit eine Verständigung erzielt wurde.

Ebenso in Breslau. Dort haben vor dem Streik Verhandlungen von Kommissionen der Arbeiter mit den Inhabern der einzelnen Betriebe oder deren Leitungen stattgefunden. In drei Viertel dieser Betriebe wurde unter Ausschaltung der Forderung der Mindestlöhne eine Verständigung ohne Streit erzielt. Nur in der Breslauer Maschinenfabrik und bei den Firmen Kemna und Klügel nicht. Aber auch dort waren nicht die Mindestlöhne, sondern höchstens den Betriebsverhältnissen angepasste Lohnregulierungen das Streitobjekt. Auch die Verständigungen an anderen Orten beweisen, wie unrichtig die Behauptung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller ist.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der in einer früheren Bekanntmachung erklärte, die dem Streik zugrunde liegenden Umstände geprüft zu haben, scheint von diesem Sachverhalt nichts zu wissen, denn sonst könnte er so etwas nicht publizieren. Aber gerade diese Unkenntnis ist ein drastischer Beweis für die Notwendigkeit der Unterhandlung von Organisation zu Organisation. Hätte eine solche stattgefunden, dann wären dem Gesamtverband solche Irrtümer kaum unterlaufen. Er hätte sich aber auch durch eine solche Aussprache überzeugen können, wie sehr er im Irrtum mit seiner Behauptung ist, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband durch seine Vorschläge auf Einführung von Mindestlöhnen Normallöhne anstrebe. Da aber der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller es ablehnt, sich über die wahren Absichten der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeiter zu vergewissern, ist es ihm auch unmöglich, ihre Absichten zu verstehen und darüber gerecht zu urteilen. Ihn dazu zu befähigen, ist bei dem jetzigen Stande der Dinge nicht unsere Aufgabe, sondern es genügt uns, in der Öffentlichkeit darzulegen zu haben, wie es sich mit den vermeintlichen Differenzpunkten verhält und wer ein Interesse daran hat, daß dieser Kampf um ganz bescheidene Forderungen der Arbeiter sich zu einer Wachtprobe ausgewachsen hat. Stuttgart, 17. Mai 1906.

Der Vorstand des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

So liegt die Sache in Wirklichkeit. Die Scharfmacher im Metallindustriellen-Verband haben aber die Öffentlichkeit trotzdem fortwährend zu täuschen gesucht. Auch in der neuesten Nummer der Arbeitgeber-Zeitung schreiben sie noch:

„In sozialdemokratischen Blättern findet sich die Behauptung, daß nicht die Prinzipienfragen — Normallohn und Verhandlungsfragen — das Hindernis bilden, den Frieden herbeizuführen, sondern die ablehnende Haltung der Scharfmacher in allen sonstigen Fragen. Diese Unterschiebung muß entschieden zurückgewiesen werden. Die Herren vom Deutschen Metallarbeiter-Verband können ja nur öffentlich erklären, daß sie in diesen beiden Prinzipienfragen nachgeben und ihre Bezirksleitungen und die streikenden Gießereiarbeiter veranlassen, das gleiche zu tun, dann muß sich zeigen, ob damit das Hindernis für die Herbeiführung des Friedens beseitigt ist.“

Den Herren Scharfmachern ist die gebührende Antwort auf diese neueste Auslassung durch unseren Vorstand gleich mit im Voraus erteilt worden. Sie können nun nicht mehr weiter die Öffentlichkeit irreführen. Wenn sie auch von „Unterschiebungen“ reden, so wird ihnen niemand mehr glauben. —

Über die Sitzung des Gesamtverbandes am 14. Mai brachte die Böhmishe Zeitung außerdem noch eine Mitteilung, die der Wiedergabe wert ist:

„Gestern (14. Mai) hat am hiesigen Orte eine weitere Sitzung des Verbandes der deutschen Metallindustriellen stattgefunden, in welcher noch einmal die Differenzen der ausführenden Verbände mit ihren Arbeitern zur Beratung und zur Beschlußfassung standen. Wie wir nun in Erfahrung bringen, haben die gestrigen Beratungen die zukünftige Stellung des Verbandes deutscher Metallindustrieller zu den Arbeitern scharf präzisiert. Die gestern in dieser Angelegenheit gefassten Beschlüsse gehen über die früheren hinaus und machen ein gemeinsames Handeln der Berliner Verbände (Verband der Metallindustriellen und Verband der Metallwarenfabrikanten) und der Provinzialverbände zur Vorbedingung. Der letzte Punkt ist um so beachtenswerter, als sich die Berliner Verbände mit dem Gedanken einer allgemeinen Ausperrung bisher (vor der gestrigen Konferenz) nicht recht befreunden konnten. Man wies nämlich hier darauf hin, daß die Berliner Metallindustrie durch die letztjährigen Ausstände, von denen der eine etwa ein halbes Jahr dauerte, stärker in Misere verfallen gezeigt sei und damals trotzdem nicht an die Unterbindung des Gesamtverbandes appelliert hätte. Außerdem betonten die Berliner Fabrikanten, daß sich einer Ausperrung im dem seitens der Provinzialverbände gewünschten Umfang in so fern Schwierigkeiten entgegenstellen, als allein in der Berliner Metallwarenbranche 67 Prozent der Arbeiter nicht organisiert sind. Anscheinend hat man diese Bedenken neuerdings fallen lassen. Dem

Vorgehen des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller dürften sich übrigens auch die kleineren zu ihm gehörenden Vereinigungen anschließen. Was den Tag einer eventuellen Ausperrung, deren Umfang von Termin zu Termin bestimmt wird, anlangt, so ist für diesen die in Süddeutschland übliche vierzehntägige Kündigungsfrist mit ausschlaggebend.“

Am 18. Mai hat der Berliner Verband nun tatsächlich den Beschluß gefaßt, am 2. Juni ebenfalls 60 Prozent der Arbeiter auszusperrern. Angezichts dessen sehen wir nicht an, nun den Brief im Wortlaut zu veröffentlichen, den der Berliner Verband am 28. April an den Gesamtverband richtete:

J.-Nr. 302. Berlin, den 28. 4. 06.

„In dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller. In Beantwortung des uns am 24. dieses Monats überfandten ausführlichen Programms für die Ausschussung des Gesamtverbandes am 2. Mai d. J. geben wir Ihnen hiermit von den Beschlüssen Kenntnis, die die Vertrauenskommission unseres Verbandes einstimmig gefaßt hat.“

Die unter A genannten Fragen (Diese betreffen hauptsächlich die in Ziffer 1 der Beschlüsse vom 2. Mai erwähnte Verhandlungsfrage und die Minimallohne. Red. der Metallarbeiter-Zeitung.) müssen unserer Ansicht nach bei der außerordentlichen Verschiedenheit der in Betracht kommenden örtlichen Verhältnisse in den einzelnen Bezirken den Verbänden überlassen bleiben.

Somitlich der unter B ausgeführten Fragen ist unser Verband geneigt, sich in dem vorliegenden Falle einer etwa zu verhängenden Generalausperrung anzuschließen, sobald sie in sämtlichen anderen Bezirken zur Durchführung gelangt ist. Wir müssen darauf bestehen, als letzter Verband in Anspruch genommen zu werden. Wir begründen unseren Anspruch mit den eigentümlichen Verhältnissen Berlins und der in Frage kommenden außerordentlichen hohen, mindestens 30000 bis 35000 Menschen umfassenden Arbeiterzahl.

Wir würden also die Generalausperrung aussprechen, sobald in allen übrigen Verbänden ungefähr 80 Prozent der gesamten Arbeiter ausgesperrt sind.

Wir glauben, daß sich hiermit die Beantwortung der einzelnen von Ihnen gestellten Fragen erledigt.

Selbstverständlich sind unsere Beschlüsse durch eine einzuberufende Hauptversammlung zu sanktionieren, doch hat letztere einstimmig gefassten Beschlüssen der Vertrauenskommission noch niemals ihre Genehmigung verweigert.

Hochachtungsvoll
Verband Berliner Metallindustrieller.
Der Vorsitzende.

J. V. E. Verens, Kgl. Kommerzienrat.

NB. Die obigen Mitteilungen gelten unter der Voraussetzung, daß der Gesamtverband festgelegt hat, daß die Forderungen der Arbeiter von den Verbandsfirmen mit Recht abgelehnt, und daß Verhandlungen mit den Vertretern der beteiligten Arbeiterschaft erfolglos geblieben sind.

Dem Berliner Verband sind also keine „menschlichen Umwandlungen“, die er am 28. April noch vorschützen zu sollen glaubte, sehr bald abhandeln gekommen. Merkwürdig bleibt aber immerhin, daß er seinen Beschluß erst am dem Tage faßte, an dem in Dresden eine Einigung erzielt worden war. —

Der Bayerische Metallindustriellenverband hat geglaubt, ein besonderes tun zu müssen. Er ließ an „seine“ Arbeiter ein Flugblatt folgenden Inhaltes verteilen:

„In den Bezirken Hannover, Braunschweig, Dresden, Breslau u. s. w. bestehen infolge der seitens der sozialdemokratischen Gewerkschaften gestellten Forderungen Ausstände.“

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat zur Feststellung der Arbeitsbedingungen in seinen Bezirksverbänden eingehende Erhebungen über Löhne, Arbeitszeit, Akkordwesen u. s. w. angestellt und diese Erhebungen durch eine Kommission prüfen lassen. Die Kommission stellte fest, daß die Arbeitsbedingungen, insbesondere Löhne und Arbeitszeiten in den vom Streik betroffenen Verbänden berechtigten Anlaß zu den Ausständen nicht geben, daß die Ausstände vielmehr nur durch die Aufwerfung und Festhaltung von Machtfragen von den Führern aus agitatorischen Gründen nicht beendet werden.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller nimmt deshalb eine Hilseleistung für die vom Ausstand betroffenen Verbände in Aussicht, falls nicht bis zu einem gewissen, noch bekannt zu gebenden Zeitpunkt der Friede hergestellt ist. Die Hilseleistung soll erfolgen durch die Ausperrung von Mitgliedern sozialdemokratischer Gewerkschaften und zwar deshalb, weil diese erwiesenermaßen nur Kampfororganisationen sind, als welche sie sich in ihren Organen selbst bezeichnen.

Das Bekanntwerden dieser Absicht gab den Führern der sozialdemokratischen Organisation Veranlassung zu den heftigsten Angriffen, zu absichtlichen Entstellungen und Verdächtigungen, unternommen lediglich zum Zweck, Unruhe unter die Arbeiterschaft zu tragen und sie dadurch zum Anschluß an die Organisation zu zwingen. Unruhe zu säen, Unruhe in jedem Betriebe um jeden Preis zu schaffen, das sind die Lebensbedingungen der sozialdemokratischen Organisation und deren Führer. Wo Ruhe herrscht, haben die Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaft ihre Bedeutung verloren; deshalb sorgen sie für dauernden Kampf; deshalb müssen die wichtigsten Vorwände zu großer Bedeutung aufgebaut werden; deshalb aber auch müssen die Bestrebungen dieser gewissenlosen Agitatoren auf schärfste bekämpft werden.

Um alle Arbeiter, die nicht der sozialdemokratischen Organisation angehören, auch an diejenigen, welche der ständigen Beunruhigung und Verwirrung durch deren Führer, sowie der großen Opfer, die ihnen zugemutet werden, müde sind, ergeht die Aufforderung, uns im Kampfe um die Ruhe zu unterstützen und damit zur friedlichen Entwicklung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beizutragen. Allen, die uns in der Lösung dieser Aufgabe zur Seite stehen, sichern wir unsere weitgehendsten Schutz zu; wir werden Belästigungen, die von Seite der Kampfororganisation ausgehen, auf keinen Fall dulden und alle uns zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um endlich wieder zu einem friedlichen Zusammenarbeiten zu gelangen.“

Wo die wirklichen Unruhestifter zu suchen sind, zeigt dieses Flugblatt deutlich. Die Herren von Kieppel und Genossen wirkten nach der Stellungnahme des Gesamtverbandes „Vorgewühl“. Sie haben aus der vorjährigen Bewegung aufscheinend nichts gelernt. Unsere bayerischen Kollegen werden es sich gewiß angelegen sein lassen, ihnen das fehlende Verständnis beizubringen durch um so intensivere Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder für den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Wie aus mehreren Bezirken gemeldet wird, sind in „Verbands“-firmen bereits Anschläge erfolgt, daß am 2. Juni 60 Prozent ausgesperrt werden. Wir richten an die Kollegen die Bitte, keine übereilten Beschlüsse zu fassen, sondern sich streng an die Weisungen zu halten, die von unserer Verbandsleitung gegeben werden. Da sich an verschiedenen Orten die Hirsch-Dunderischen gleich agents provocateurs benehmen, warnen wir ganz besonders vor den „guten Ratshälgen“ dieser Gemaue, da weitere Komplikationen nur zur Folge haben könnten, die Verhandlungen, die zurzeit in „bestreikten“ Bezirken noch schweben, zu erschweren oder zu vereiteln.

effiziente Arbeitszeit einführen und die Prozente im Saft behalten. Als die Arbeiter darauf nicht eingingen, wurde den Lohnarbeitern 25 Prozent Vergütung gewährt, den Affordarbeitern nichts. Alles nach dem Prinzip: Teile und herrsche. Dabei ist die Firma jedenfalls zu der Überzeugung gekommen, daß es gut sei, einen Verein für Arbeitswille zu gründen. Sie ließ verschiedene Arbeiter auf das Bureau kommen und erklärte diesen, es seien 20000 Mk. da, die sollten zum Besten der Arbeiter verwendet werden, es sollten jährlich eine Woche Ferien gewährt werden, aber nur für Unorganisierte, und unter diesen wollte die Firma selbst noch die Auswahl treffen. Ehe der Verein gegründet war, wurde ein Ausschuss gebildet, aber dabei ging die Sache in die Brüche, die Gerusenen erklärten, unter solchen Umständen nicht mitzumachen. Nun arbeitet aber die Firma mit Hochdruck weiter. Listen zirkulieren zum Einzeichnen zc. Bald wird das Mäuselein geboren sein. Wir möchten nun die Firma einmal fragen, weshalb denn plötzlich dieses wohlhabendste Fabrik-Gesetz? Weshalb diese Güte? Glaubt die Firma, die Entwicklung unserer Organisation aufhalten zu können? Dazu sind ihre Kräfte zu schwach, diese Mühe kann sie sich sparen. Weshalb denn einen Wohlthätigkeitsverein für arbeitswille Lohnsklaven. Ja, Kor:öbianten seit ihr alle! Die Firma ist im Fabrikriellen-Verband, der Meister im Wertmeister-Verband, aber den Arbeitern will man die Koalitionsfreiheit illusorisch machen. Nur so weiter, uns kann's recht sein. Zum Schluß noch ein anderer Fall. In der Pfälzischen Metallwarenfabrik wurde am 5. Mai unserem zweiten Bevollmächtigten gekündigt, weil er einem arbeitswillingen Fuhrmann nicht die genügende Reverenz erwiesen hatte und der Urheber der Arbeitsruhe am ersten Mai sein soll. Die Firma erklärte, sie wolle lieber die Bude schließen, als den Kollegen weiter beschäftigen. Aber sie hatte die Rechnung ohne die Organisation gemacht. Die Anstrengungen, Erlass zu erhalten, waren erfolglos und so mußte die Firma den Uebelthäter wieder holen. — Diese Blütenlese mag vorläufig genügen, um zu zeigen, wie die Situation hier ist. Wenn wir uns die Sache so recht betrachten, so müssen wir eigentlich den Herren Scharfmachern unseren Dank abtrotzen, denn wir haben seit der ersten Maßregelung, also in circa einem halben Jahre, 800 Aufnahmen zu verzeichnen. Unseren Kollegen rufen wir zu: Vorwärts! Führt unserer Organisation neue Scharen von Mitgliedern zu! In der jetzigen Situation muß jeder einzelne seine ganze Kraft für die Organisation einsetzen. Auch in diesem Jahre muß sich hier unsere Mitgliederzahl verdoppeln, damit die Pläne der Scharfmacher aufzuhalten werden.

Mainz. Zwischen der Salzfabrik Schliekmann in Kastell bet Mainz und den Verbänden der Metallarbeiter und Holzarbeiter wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der unter anderem die tägliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt. Die vom Unternehmer dafür gegebene Begründung lautet: „Ausgehend von dem Bestreben aller Beteiligten, die Arbeitszeit im Interesse intensiverer Arbeitsleistung und im Hinblick darauf zu verkürzen, daß dem Arbeiter mehr Gelegenheiten geboten wird, sich der Pflege seiner Gesundheit, der Erziehung seiner Familie, seiner geistigen und fachtechnischen Fortbildung zu widmen, daß insbesondere auch einmal durch die Tat bewiesen werden soll, daß die freie Zeit nicht zur Vergewöhnung des Lohnes in den Kneipen verbraucht wird, wie üblicherweise Leute dies behaupten, wird sofort die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt, nach Ablauf von zwei Jahren um eine weitere halbe Stunde, so daß der Neuntundentag erreicht ist. Die Löhne werden insgesamt um 8 Pf. pro Stunde erhöht.“ Bei Schliekmann sind 120 Arbeiter beschäftigt. Von 28 Metallarbeitern sind 26 im Deutschen Metallarbeiter-Verband, die übrigen sind Holzarbeiter.

Stuttgart. Am 14. Mai wurden im hiesigen Stadtgebiet drei öffentliche Metallarbeiterversammlungen (im Gewerkschaftshaus in Stuttgart, im Russischen Hof in Cannstatt und in der Säugerhalle in Untertürkheim) abgehalten, die überaus zahlreich besucht waren. Die Referenten schilderten die Ursachen und den Verlauf der Ausperrungen in Dresden, Braunschweig, Hannover und Breslau, betonten die Notwendigkeit einer starken einheitlichen Metallarbeiterorganisation und forderten die Anwesenden auf, für den Ausbau und die Stärkung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu wirken. Nachfolgende Resolution wurde in Cannstatt und Untertürkheim einstimmig, im Gewerkschaftshaus gegen die Stimme des christlichen Führers Eifer angenommen: „Die heutige stark besuchte Versammlung der Metallarbeiter nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Ausperrungsplänen des „Gesamverbandes deutscher Metallindustrieller“, wonach Hunderttausende friedlich gefinnene, nur auf die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage bedachte Metallarbeiter ausgeperrt und damit brot- und erntungslos gemacht werden sollen. Insbesondere erklärt die Versammlung, daß die Ausperrungspläne der Metallindustriellen um so frivoler bezeichnet werden müssen, als die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband wiederholt vorgeschlagene friedliche Verständigung vom Metallindustriellenverband bisher, und zwar stets ohne vorherige nähere und gewissenhafte Prüfung brüst und mit nichtigen Gründen abgelehnt worden ist. Die Versammlung weiß deshalb mit Entrüstung den Vorwurf zurück, daß es dem Deutschen Metallarbeiter-Verband um eine „Machtprobe“ zu tun gewesen sei, die Versammlung weiß nur zu gut, daß die Herbeiführung sachgemäßer Verhandlungen von Organisation zu Organisation und eines abschließlichen Übereinkommens im Interesse der Arbeiter mit dem weiteren Wachstum des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und seiner finanziellen Erstärkung ganz von selbst eintreten wird. Die kämpfenden Kollegen versichern die Versammelten ihrer aufrichtigen brüderlichen Sympathie und fordern sie zum mannhaften Ausschalten auf. Gleichzeitig begrüßen die anwesenden Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrags von 25 Pf. auf freudigsten und versprechen, diesen Beitrag gern und willig zu bezahlen. Zum Schluß erklärt die Versammlung, daß der gegenwärtige außerordentlich bedeutungsvolle Kampf der Gewerkschafter wiederum eindringlich und unwiderrlegbar aufs neue bewiesen hat, daß die Metallarbeiter Deutschlands in eine einzige Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, vereinigt gehören, damit sie mit noch größerem Nachdruck wie bisher ihre wirtschaftlichen Interessen in der Lage sind.“

Rundschau.

Reichstag.

(7. bis 12. Mai.) Es war in der vorletzten Woche, daß Bebel im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die schwachen Massenansammlungen russischer Furchlinge durch die Berliner Polizei im Parlament in einer glänzenden Rede vor aller Welt geißelte. Damals hatte sich der Prägelnabe der Reichsregierung, Graf v. Posadowski, in Stellvertretung des nach den Beleuerungen der Epizyoten immer gefährlicher werdenden Bülow, um nicht Rede und Antwort stehen zu müssen, hinter die saule Ausrede geschlüpft, die Sache gehöre dem preussischen Staat allein an, gehöre deshalb nicht in den Reichstag. Aus diesem Grunde blieben denn auch die schweren Vorwürfe unbeantwortet, die Bebel gegen den Berliner Kriminalkommissar Schön erhoben hatte. Dieser Mann hatte mit Hilfe eines Spießhais einen russischen Kaufmann materielle Vorteile geboten, wenn er an seinem Vaterland Landeserrat über wolle; einen falschen Paß, eine falsche Urkunde über die Kaufmannschaft des Kaufmanns hatte die preussische Polizei nebst einer geneigten Instruktion dem Kaufmann in die Hand gedrückt, der davon — der russischen Regierung prompt Mitteilung machte. Soweit der von Bebel mitgeteilte Tatbestand dieser besonders schandigen Polizeigeschichte.

Wir stellen den Bericht darüber zurück, weil uns bekannt war, daß die Freisinnigen die Affäre zum Gegenstand einer Interpellation im preussischen Abgeordnetenhaus machen wollten. Die ist denn auch am 12. Mai verhandelt worden. Der preussische Minister konnte die unglaublichen Lügen seiner Polizei nicht abtrotzen, nur in einigen Fällen rechtlich, in keinem moralisch verantworten, redete sich aber mit den in solchen Fällen üblichen Phrasen von der Staatsraison mehr schlecht als recht heraus. Wir aber haben aus den Verhand-

lungen beider Parlamente den Schluß zu ziehen: nur die Sozialdemokratie hat ein starkes Gefühl für die politische und sittliche Bedeutung eines geistlichen Gastrecht; bei allen bürgerlichen Parteien bei der einen freilich mehr als bei der anderen, herrschen darüber ganz laze Auffassungen, macht sich ein jämmerlicher Opportunismus breit, der es begreiflich erscheinen läßt, daß die preussische Verwaltung Beamte in ihren Reihen duldet, denen solche gräßliche Verfehlungen nachgewiesen sind, wie dem kompromittierten Kommissar Schön!

Im Reichstag ging die Debatte über die Steuervorlagen, man möchte sagen, erbarmungslos, weiter. Einige Enttäuschung bereite den Gegnern die Stellung der Sozialdemokratie zur Lantiemensteuer. Diese Steuer war von unseren Vertretern in der Kommission abgelehnt worden, und die Gegner hatten sich alle ohne Ausnahme gehörig gefaltet, und die Sozialdemokratie wieder einmal als „Hilfsgruppe des Großkapitals“ zu denunzieren, wie seinerzeit ja auch bei unserer Gegnerschaft gegen das Börsensteuergesetz. Aber es kam anders! Unsere Partei stimmte für die Lantiemensteuer, entgegen ihrer Haltung in der Kommission. Wie erklärt sich aber dieser „Umfall“? Sehr einfach, in der Kommission verwarfen wir von vornherein alle Steuern, um die Notwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung der Erbschaftsteuer zu vergrößern. Nachdem diese Taktik am Klassenegoismus der Bürgerlichen gescheitert war, mußten wir die Sache einer neuen Prüfung unterziehen. Und da konnte es nicht zweifelhaft sein, daß wir — trotz schwerer und nicht verhehlter Bedenken — für die Lantiemensteuer eintreten mußten, weil sie ein Stückchen Einkommensteuer für das Reich darstellte. Daß nebenbei auch noch der gehässigen Agitation der Gegner durch diese Abstimmung eine Spitze abgebrochen worden ist, dürfen wir als einen Nebenbesitz registrieren, mit der absoluten Würdigkeit gegen den Eindruck der Parteipolitik auf die indifferentere Masse kann man sich verlustig in die Neffeln legen!

Am letzten Tage der abgelaufenen Woche verhandelte der Reichstag über die Diätenvorlage. Singer hatte Recht mit der Bemerkung, daß diese Vorlage so hätte eingerichtet werden sollen, daß jegliche Diskussion darüber unterbleiben könne. Statt dessen hatte die Regierung bekanntlich dem Parlament die Diäten nur gegen die Preisgabe wichtiger Rechte gewähren wollen und damit sehr langwierige Debatten geradezu heraufbeschworen. In der Kommission waren der Regierungsvorlage die schlimmsten Gistgähne ausgebrochen worden. Nach der Ablehnung der Abänderung des § 28 der Reichsverfassung konnte auch die sozialdemokratische Partei für die Vorlage stimmen, die — das ist für jeden objektiv Denkenden klar — eine Nachbesserung für das Parlament bedeutet. Wie denn überhaupt, entgegen den Deflamationen, die man immer noch hier und da laut werden hört, tatsächlich der Einfluß des Zentralparlamentes in Deutschland im Laufe der Entwicklung nicht kleiner, sondern größer geworden ist. Allerdings ist diese Nachbesserung bisher ganz überwiegend den bürgerlichen Parteien aus nachliegenden Gründen zugute gekommen. Aber das ist offenbar eine von der ersten ganz verschiedene Frage. Unsere Aufgabe ist die, einmal den Einfluß des Parlamentes als Institution zu stärken, sodann unseren Einfluß im Parlament auszuüben. Daß die Gegner dem entgegenwirken suchen, kann nicht gerade überraschend wirken und gibt jedenfalls zu praktischen Enttäuschungsausbrüchen gerade dem den wenigsten Anlaß, der mit beiden Füßen auf dem Boden des historischen Materialismus steht oder doch zu stehen behauptet.

Der Reichstag soll noch vor Pfingsten, so heißt es jetzt, in die Ferien gehen.

(14. bis 19. Mai.) In Gewalttätigkeiten, genau wie seinerzeit bei der Zollvorlage fluchwürdigen Angebens, hat der Reichstag in der abgelaufenen Woche die Steuervorlagen durchgepeitscht. Das waren keine sachlichen Beratungen mehr, das war ein wildes Fahnenjagen. In der Geschichte der Steuergesetzgebung aller Länder steht der Vorgang wohl einzig da, daß wichtige und in das Leben von Hunderttausenden tiefeingreifende Gesetze nach zwischen der zweiten und dritten Lesung fundamentale Änderungen erfahren, wie zum Beispiel das Zigarrettensteuergesetz. In die Möglichkeit, das Ungeheuerliche abzuwenden, oder wenigstens aus den Gesetzentwürfen die größten Unsummengeiten noch in letzter Stunde zu entfernen, konnte niemand denken, der die Stimmung des „Steuerblocks“ kannte: von Rantz bis Wassermann, von Spahn bis Kardorf fanden sie wieder wie ein Mann gegen das Volk. Mit dem Schmierentypus des alkoholisierten Kriegervereiners bekannter der Vorsitzende der sogenannten Steuerkommission, der alte Nationalliberale Hüfing, das Selbstlob der Steuerfänger. Aus dem jaden Phrasenbrei ist nur die eine Bemerkung der Erwähnung wert, daß „jedes Mitglied der Mehrheitspartei bei diesem großen nationalen Werke ein Opfer seiner Überzeugung gebracht hat.“ Das steht man dem Werke allerdings an. Ein altes Scherzwort aus dem Militärleben sagt: „Was nützt mir der Mantel, wenn er nicht gerollt ist?“ die Mehrheitspartei des Reichstags variieren das so: „Was nützt mir eine Überzeugung, wenn ich sie nicht opfern kann!“

Vergebens bemühte sich die Linke des Parlamentes, den agrarischen Schnapsbräuern bei dieser Gelegenheit die 45 Millionen jährlicher Liebesgaben, die sie seit 20 Jahren geschuldet haben, aus dem Rachen zu reißen; vergebens wies sie immer und immer wieder auf den volscheltückerischen Insug hin, Handel und Wandel und den Verzeir der Massen mit unbilligen Steuern zu belegen, aber an den besten Steuerquellen — dem Einkommen und dem Veranlagung der Reichen — ieben vorbeizugehen: gegen alle Gründe blieb die Mehrheit taub und verstockt!

Eine dramatische Szene spielte sich bei der Beratung der Fehrtartensteuer, unzweifelhaft dem gefährlichsten Teile der ganzen „Finanzreform“, ab. Da mußte der in die Enge getriebene nationalliberale Berichterstatter, Abgeordneter Westermann, die Möglichkeit zugeben, daß das Gesetz zu unzulässigen Schwierigkeiten führen werde. Welchen Ausweg daraus hatte er vorzuschlagen? „Dann kann die Regierung neue Vorlagen machen und auf die aus formalen Gründen abgelehnte Tabaksteuer zurückgreifen!“ Dieses offene Bekenntnis einer schonen Seele erregte auf der Linken Seite des Hauses ein lebhaftes Echo. Als aber der Abgeordnete v. Vollmar den „Steuermann“ respektvoll hatte, als er zeigte, daß hinter dieser jetzt behafteten Mehrbelastung von rund 20 Millionen noch andere Steuern drohend das Haupt erheben, da wurde Herr Westermann windelewickelt und jammerte, er habe es ja gar nicht so böse gemeint, und man solle doch um Gotteswillen nicht draussen im Lande aus seiner „persönlichen“ Bemerkung agitatorisches Kapital schlagen. Wir werden bennoch so frei sein! In dem ein anderer Nationalliberaler etwa vorgeprungen, um den unbesonnenen aber ehrlichen Schwärzer zu desavouieren? Nein! Es ist so, wie er sagt: nur eine kurze Pause, dann wird dem Michel ein neues Foch aufgesetzt werden.

Die verhängnisvolle Fahrkartensteuervorlage, die auch in den Einzelstaaten noch mancherlei liberalesungen bei den Eisenbahnetats mit sich bringen wird, ist übrigens nur mit der geringen Mehrheit von 30 Stimmen angenommen worden. Die Opposition war leider nicht vollständig am Platze. Da es bei weiterer Frequenz gelungen wäre, die Vorlage so Falle zu bringen, was natürlich dahingestellt bleiben; aber es ist doch tief bedauerlich, daß es Abgeordnete gibt, die offenbar zum Teil aus nebenfächlichen Gründen bei einer für das Wirtschaftsleben des Volkes so überaus wichtigen Entscheidung nicht am Platze sind. Wer nicht dieses Maß von Verantwortungsfähigkeit aufbringen kann, fällt besser, sich die Frage vorzulegen, ob er an der richtigen Stelle steht.

Ehe noch die Steuervorlagen erledigt wurden, nahm der Reichstag in dritter, zehnter Beratung die Diätenvorlage an. Trotz schwerer und wohl begründeter Bedenken stimmte die Sozialdemokratie dem Gesetz in der Schlussabstimmung zu. Möge die Diätenzahlung die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft im Reichsparlament in die Lage bringen, noch eifriger als bisher die Sache der Enterbten zu verfechten — das ist der Wunsch, der wohl das gesamte Proletariat jetzt besetzt.

Gewerkschaftliches.

Eineinhalb Millionen Kämpfer! Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands schreibt in seiner Nr. 18 am Schluß einer „Gewerkschaftliche Rückblicke“ be-

titelten Artikelserie: „In der Metallindustrie, der Holzindustrie, im Transportgewerbe, Baugewerbe u. s. m. werden zurzeit heftige Kämpfe durchgeführt, herausbeschoren durch das provokatorische Verhalten des Unternehmertums, das, wie bisher, so auch in diesem Jahre selbst die beschiedenen Forderungen der Arbeiter ablehnt und mit Massenausperrungen beantwortet. Es besetzt dabei die alte Taktik, aber auch mit den alten Erfolgen. Das bezeugen die in der Arbeitslosenstatistik des Reichsarbeitsblattes für das erste Quartal 1906 gegebenen Mitgliederzahlen einer Anzahl unserer Gewerkschaften. Davon haben 27 Gewerkschaften eine Zunahme an Mitgliedern im ersten Quartal 1906 von 71686. Bei sieben weiteren Organisationen ist zwar scheinbar ein Rückgang um 5216 vorhanden, aber nur scheinbar, weil die im Reichsarbeitsblatt gegebenen Mitgliederzahlen nur vorläufige sind und gegenüber den endgültigen sich fast stets als zu niedrig erweisen. Aber selbst angenommen, daß bei diesen sieben Organisationen ein deartiger Rückgang zu verzeichnen wäre, so bleibt im Reichsarbeitsblatt berichtet haben, eine absolute Zunahme von 66470 Mitgliedern. Das genügt, um festzustellen, daß mit Schluß des ersten Quartals 1906 unsere freien Gewerkschaften eineinhalb Millionen Mitglieder überschritten haben. Im Reichsarbeitsblatt fehlen unter anderem die Zahlen der Organisationen des Baugewerbes, bei denen in diesem Quartal zweifelsohne ein ganz erheblicher Mitgliederzuwachs zu verzeichnen sein wird. Man kann dies um so mehr als feststehend erachten, als die anderen Organisationen, die neben den Organisationen des Baugewerbes stark in Kämpfe verwickelt sind, eine erhebliche Zunahme haben. So die Metallarbeiter 26293, die Transportarbeiter 4768, die Holzarbeiter 7634, die Fabrikarbeiter 22516 u. s. w. So haben wir also die freudige Tatsache zu konstatieren, daß die Zahl von eineinhalb Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in unseren Gewerkschaften nummehr bereits überschritten ist und daß wir uns jetzt mit Sturmschritten der vollen zweiten Million nähern. Was bedeutet demgegenüber die geradezu kläglichen Abschlässe unserer Gegenorganisationen, mögen sie nun auf anarchischem, christlichem oder kirchlich-Dunderjhem Boden ihre Jesuitenerziehungsbemühungen in der Arbeiterschaft betreiben. So marschieren wir denn weiter, neuen Kämpfen, neuen Erfolgen entgegen, nicht den Feind und die Gefahren zählend, wie es in dem alten guten Arbeiterlied heißt.“

Ein Jubiläum des Deutschen Buchdrucker-Verbandes. Am 20. Mai 1866 tagte der erste deutsche Buchdruckerlag, der den Beschluß faßte, den Deutschen Buchdrucker-Verband zu gründen. Der Verbandsbeitrag wurde damals auf 5 Pf. monatlich normiert. Im Laufe der vierzig Jahre ist der Beitrag allmählich auf 1,10 Mk. wöchentlich erhöht worden. Mit dem Beitrag ist aber auch die Leistungsfähigkeit des Verbandes gestiegen und mit Recht dürfen die Buchdrucker auf ihre gewerkschaftlichen Erfolge stolz sein. Die in feilichem Gewand erscheinende Nr. 58 des Korrespondenzblattes für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer enthält einen „Vierzig Jahre Verbandsarbeit!“ betitelten Leitartikel, dem wir folgende Stelle entnehmen, die die deutschen Metallarbeiter in der gegenwärtigen Situation besonders interessieren wird:

„Bereits Ende 1868 veruchte die vom Leipziger Fortbildungsverein für Buchdrucker und Schriftgießer eingesetzte Tarifkommission die Schaffung eines paritätischen Schiedsgerichtes, was aber von der Prinzipalität zurückgewiesen wurde, um nur ihrerseits Ende 1869 ein solches zu proponieren mit dem Zusatz, daß ein derart zustande gekommenes Schiedsgericht zugleich als Tarifkommission wirken solle. Schließlich faum 1870 ein dergestalt konstituiertes Schiedsgericht zustande, das zunächst den Laufendpreis auf 30 Pf. festsetzte. Damit glaubten die Prinzipale einen Normaltarif für ganz Deutschland geschaffen zu haben, nachdem sie bereits im Januar 1870 die Anregung der Verbandsleitung auf Schaffung eines einheitlichen deutschen Tarifs zurückgewiesen hatten. Die Gehilfenschaft hielt aber mit Fähigkeit daran fest, daß der Leipziger „Normaltarif“ ihr nicht genüge, und in einer größeren Anzahl Städte wurde der 3/2-Silbergroschentarif und die zehntündige Arbeitszeit im Kampfe errungen. In Stuttgart unterlag die Gehilfenschaft, nachdem der Streik 14000 Gulden verschlungen hatte. Nunmehr gingen die Prinzipale zum Angriff soweit über, indem sie am 3. Dezember 1872 — wie heute der Bund der Industriellen — folgenden Ausperrungsauks erließen:

Wenn in irgend einer Stadt von seiten unter sich geeinigter Gehilfen eine Arbeitseinstellung mit oder ohne Kündigung erfolgt und fortbesteht, trotzdem die Kommission der Vertrauensmänner den Standpunkt der Prinzipale gerechtfertigt findet, so tritt der Gesamtverein zum Schutze der gefährdeten Vereinsmitglieder ein, indem er an einem und demselben Tage im ganzen Gebiet des Deutschen Buchdruckervereins die Vereinsoffizinen allen Gehilfen kündigen, die einer Verbindung angehören, welche den betreffenden Streik veranlaßt oder unterstützt. Kein Gehilfe, der während des Streiks ausgetreten oder entlassen ist, darf während der Dauer desselben in einer Vereinsoffizin angestellt werden. Als Konventionalstrafe wird die Buße von so viel mal 10 Talern festgesetzt, als zurzeit der Entlassungsordre Gehilfen in der betreffenden Offizin beschäftigt waren.

Man sieht, was heute die Bued und Lile u. s. w. anstreben und praktizieren, ist nichts neues, und zweifellos werden die heutigen Gewerkschaften mit der heutigen Ausperrungsstatik der Unternehmer ebenso gut einmal fertig werden wie die Buchdrucker vor 33 Jahren. Dieser Ufas war das Signal zum Kampfe.“

Man konnte also auch schon damals recht gut scharfmachen. Die ganze „Aktion“ der Unternehmer hatte einen recht kläglichen Erfolg. 1873 wurde anlässlich einer Lohnbewegung in Leipzig die allgemeine Ausperrung dekretiert, aber nur 2000 Verbandsmitglieder wurden damals „an freiwilliger Arbeit gehindert“, während der Verband 6900 Mitglieder hatte. Noch manchen harten Strauß hat der Buchdrucker-Verband zu bestehen gehabt. Er hat aber den Unternehmern die Gelüste nach einer allgemeinen Ausperrung gründlich abgewöhnt. Sein wirksamstes Mittel dazu war sein gutes Vermögen, das gegenwärtig im ganzen 650000 Mk. beträgt. Wäre es dem Deutschen Metallarbeiter-Verband möglich, einen im Verhältnis zu seiner Mitgliederzahl auch nur annähernd ähnlichen Stoffenschatz zu sammeln, dann könnte in Zukunft mancher lustspielige Streik nebst seinen unangenehmen Begleiterscheinungen vermieden werden.

In Breslau, Chemnitz, Hannover, Kiel, Leipzig und Saalfeld sind die Steindrucker in den Streik getreten. Diese Maßnahmen beantworteten die Unternehmer in Braunschweig, Bremen und Stuttgart mit Ausperrungen. In Österreich und Holland wurden vergeblich Streikbrecher gesucht. In Heilbronn wurde ein zehntägiger Streik mit vollem Erfolg beendet. In Lübeck, Mannheim und Karlsruhe gelang es, ohne Streik Vorteile zu erringen. Nunmehr wollen die Unternehmer das Beispiel der Scharfmacher in der Metallindustrie nachahmen. Sie gründeten einen Schutzverband, der auch schon beschlossen haben soll, sämtliche Steindrucker Deutschlands — etwa 8000 — auszusperrern.

Der Fabrikarbeiter-Verband erhebt fünf Wochen lang einen Extrabeitrag von 30 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder.

In Lederarbeiter-Verband findet eine Urabstimmung darüber statt, ob der bisher erhobene Extrabeitrag von 15 Pf. als regulärer Beitrag weiter erhoben werden soll.

Aus den Unternehmer-Verbänden.

Ein Bink mit dem Zaunpahl. Die Innung der Klempner und verwandter Gewerbe in Hamburg, die sich bekanntlich noch gar sehr von einigen Scharfmachern leithammeln läßt, sieht sich angefaßt der Lohnbewegung der Klempner bereits nach Streikbrechern um. Die Innung hat bereits dem Verband deutscher Klempnerinnungen „mitgeteilt, daß Meisterlöhnen stets Selbstergeben geboten ist, sich bei Hamburger Innungsmeistern im Ges- und Wasserfach weiter auszubilden.“ Darans kann man schon sehen, was die Stecke geblagen hat. Die Hamburger Klempnerinnungsmeister könnten von ihren Kollegen in Leipzig, Berlin und verschiedenen anderen Orten noch recht viel lernen.

